

Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg

# projekte für junioren

Kompetenzerwerb (im Jugendverband)  
und guter Nutzen (für mich & andere)

● 2/09

**Jugend braucht Freiräume.** Die in der vergangenen punktum angekündigte Liste verbandlicher Wirkungsstätten liegt vor. Auf den ersten Blick überrascht die Zahl: 31 verbandliche Treffpunkte allein im Bezirk Hamburg-Nord. Jedoch schon beim zweiten Blick kommen Zweifel, denn diese 31 Orte werden von 22 unterschiedlichen Jugendverbänden bespielt. Soll nur etwa ein Drittel aller Jugendverbände in diesem Bezirk aktiv sein? Nein, natürlich nicht! Treffpunkte der Jugendfeuerwehr fehlen genau so in dieser Liste wie die der Evangelischen Jugend, von der Sportjugend ganz zu schweigen. Aber: Der Auftrag, den das Bezirksamt abzuarbeiten hatte, lautete, »den Bestand der im öffentlichen Eigentum befindlichen und durch Jugendverbände und -gruppen genutzten Räume zu erfassen«. Es ging also nicht um eine vollständige Liste. Und erneut fragt man sich: 31 Immobilien, die der Staat bzw. die Kommune an Jugendverbände vermietet? Nein, natürlich nicht! Von den 31 Wirkungsstätten befinden sich ganze acht im öffentlichen Besitz. Die Liste der Eigentümer reicht von der Tiefbauabteilung des Bezirkes über die Staatliche Fachschule für Sozialpädagogik und Vattenfall Europe bis hin zur Sprinkenhof AG. Die Sache mit Vattenfall – geschenkt! In Zeiten der Wirtschaftskrise kann man schon mal den Überblick verlieren, was öffentlich und privat war, ist oder sein wird. Aber die Sprinkenhof AG als Vertragspartner von Jugendverbänden ist interessant. Hat die nicht den Auftrag, gewerbliche Immobilien zur Verfügung zu stellen? Hier scheint ein Fehler im System vorzuliegen – schlummert da nicht ein Interessenkonflikt zur gemeinnützigen Jugendverbandsarbeit?

Auch wenn diese Liste neue Fragen aufwirft, so beantwortet sie auch welche. In der Drucksache 18/5123 »Bestandsaufnahme der Stadtteile Winterhude, Eppendorf und Hoheluft-Ost« beantwortete der Senat die Frage nach den Jugendeinrichtungen unvollständig. Er übersieht den Treffpunkt der BUND-Jugend, Loehrs- weg 13, und das ist keine Petitesse, denn: Die Große Anfrage hatte das Ziel, die soziale Infrastruktur des jeweiligen Stadtteils abzubilden und ein Jugendverbandstreffpunkt gehört nun einmal dazu, genauso wie die Kitas, Kinderspielplätze und Schulen. Auch dass man nicht jedes privates Mietverhältnis kennen kann, kann hier nicht als Ausrede gelten, immerhin ist der Vermieter das Bezirksamt.

**Neugierig auf die Liste?** punktum veröffentlicht auf der Umschlagsrückseite die Liste, und als besonderer Service wurde die Excel-Tabelle mit einer Landkarte verknüpft. Danke Stefan Brauckmann! (ck)

## Kommentar

### 3 Das Grundgesetz, die Meinungsfreiheit und die Abwehr von Kinderpornografie

Gregor Best, LJR-Vorsitzender

### 4 Titelthema: Kompetenzerwerb (im Jugendverband) und guter Nutzen (für mich & andere)

### 5 Ehrenamt kontrovers

Diskussion auf dem Jahresempfang des Landesjugendringes Hamburg

Carlo Klett, Landesjugendring Hamburg

### 6 Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement

Empfehlungen aus dem Forschungsprojekt »Informelle Lernprozesse im Jugendalter in Settings des freiwilligen Engagements«  
Erich Sass, Universität Dortmund

### 10 Bürgerschaftliches Engagement an Universitäten

Jörg Miller und Wolfgang Stark, UNIAKTIV, Universität Duisburg-Essen

### 12 Credit Points für Courage

Die Fachhochschule Erfurt erkennt gesellschaftliches Engagement ihrer Studenten als Studienleistung an

### 13 Engagement über das Betriebstor hinaus

Interview mit Daniela Schrott, Personalreferentin des Hamburger Chemieunternehmens Lehmann & Voss & Co.

## Vielfalt! Jugendarbeit

### 14 Azubis ins Blickfeld nehmen

Zur Novellierung des Hamburgischen Schulgesetzes

Olaf Schwede, DGB-Jugend

### 15 Gemeinsames Lernen auf deutsch und russisch

Julia Sammoray, Landesjugendwerk der AWO Hamburg, und Maren Riepe, Landesjugendring Hamburg

Wirkungsstätten

### 17 Starke Familienbande

Ein Besuch bei der Alevitischen Jugend Hamburgs

Christian Kahlstorff, Hamburg

## Nachrichten

### 19 DVD der DGB-Jugend zur Bundestagswahl

### Alternative Stadtrundfahrten

Mitteilungen

## TerminTicker

## Impressum

**punktum** ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

**Redaktion:** Jürgen Garbers und Carlo Klett **Layout und Gestaltung:** Raul Roßmann **Photos:** (soweit nicht namentlich gekennzeichnet):

Jürgen Garbers (LJR). **Vi.S.d.P.:** Gregor Best c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

**Verlag:** Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: 31 79 61 14; Fax: 31 79 61 80; info@ljr-hh.de;

www.ljr-hh.de. **Auflage:** 2.400 Exemplare

**punktum** wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz.

**Druck:** Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

## Das Grundgesetz, die Meinungsfreiheit und die Abwehr von Kinderpornografie

Am 23. Mai 2009 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre alt. Dazu erst einmal herzlichen Glückwunsch. Und auch wenn es in den letzten Jahren und Jahrzehnten mehrfach geändert wurde, so können wir froh sein, eine solche Verfassung zu haben.

Artikel 5, um nur einen stellvertretend für die 146 Artikel des Grundgesetzes zu nennen, sichert die Meinungsfreiheit zu. So muss keiner Angst vor Repressalien haben, nur weil sein Standpunkt nicht in den öffentlichen Mainstream passt. Der Artikel schützt auch vor staatlicher Zensur. Doch wie lange noch ist dies möglich?

Mit dem Argument der Terrorabwehr wurden in den letzten Jahren bereits mehrfach die Bürgerrechte massiv eingeschränkt. Nicht immer im Grundgesetz selbst, auch andere Gesetze wurden vielfach erweitert, geändert oder teilweise komplett neu geschrieben. Die Terrorabwehr scheint derzeit aber nicht mehr die erstbeste Begründung zu sein. Denn es gibt argumentative Alternativen, gegen deren gute Absichten eigentlich niemand etwas haben kann.

So wirbt beispielsweise die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen aktuell für die Zensur von Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten. Durchaus begrüßenswert, dass gegen diesen Missbrauch von Wehrlosen vorgegangen wird.

Abgesehen von der Tatsache, dass Kinderpornografie bereits seit Jahren verboten ist, erstaunt das Mittel dagegen schon. Anstatt sich intensiv mit der Löschung der fraglichen Websites und der strafrechtlichen Verfolgung ihrer Anbieter zu beschäftigen, ist der Plan, diese via selektiver Internetsperren seitens der Provider zu zensieren. »Der rechtsfreie Raum«, welcher das Netz glücklicherweise nicht ist, soll bekämpft werden. Zensur lautet das Zauberwort der Stunde!

Kein Wunder, dass – aus Sorge vor einer Erweiterung dieser angedachten Netzeinschränkung – eine aktuelle Petition gegen die Änderung des Telemediengesetzes an den deutschen Bundestag von über 130.000 Menschen unterzeichnet wurde. Diese ist – zumindest was die Anzahl der Unterzeichner betrifft – die erfolgreichste Petition bisher.

Es sind keine Pädophilen, die hier unterschrieben haben – sondern Menschen, die Angst haben. Angst, ihr Recht auf Informationsfreiheit zu verlieren. Scheinbar auch nicht grundlos. Eine Äußerung des Bundestagsabgeordneten Thomas Strobl (CDU) mutet als bezeichnendes Menetekel an: »In jedem Fall sollte [...] in der Debatte, welche Maßnahmen zur Gewaltprävention [zu ergreifen seien], die von den Bundesministern von der Leyen und Schäuble vorgeschlagene Sperrung von kinderpornografischen Seiten im Internet mit Blick auf Killerspiele neu diskutiert werden.«

Kinderpornografie, Killerspiele und dann die kritischen Texte? Wo ist das Ende der möglichen Zensur? Ich jedenfalls möchte weiterhin in einem demokratischen Land leben. Einem Land, in dem man seine eigene Meinung haben und diese laut verkünden darf. Einem friedlichen Land ohne Zensur, in dem aber Straftaten geahndet werden. Und dies auch noch in 60 Jahren.

*Gregor Best, LJR-Vorsitzender*



# Kompetenzerwerb (im Jugendverband) und guter Nutzen (für mich & andere)

Im Fokus der öffentlichen Debatte über ehrenamtliches Engagement steht dessen sozialer Nutzen. Schließlich profitiert die Gesellschaft vom Engagement unzähliger Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich in soziale Projekte einbringen. Lächer im sozialen Netz werden so gestopft.

Diese Fokussierung auf den altruistischen Mehrwert ist jedoch einseitig. Das Ehrenamt steht für mehr: für Bürgergesellschaft, demokratische Lebenswelt – und gerade auch für informelle Bildung. Das ehrenamtliche Engagement im Jugendverband bündelt diese Elemente. Jugendliche nehmen ihre Interessen und Freizeitaktivitäten hier gemeinsam selbst in die Hand – und lernen was dabei: Selbstorganisation, demokratisches Handeln und sinnvolle Zwecke setzen. Das sind Kompetenzen, von deren Erwerb Jugendliche auch im Erwachsenenalter profitieren.

Doch wie steht es um Anerkennung respektive Förderung? Und wie kann die Vereinbarkeit des Engagements mit Schule, Beruf und Studium gelingen? Der Landesjugendring Hamburg verfolgt diese Themen nachdrücklich. Auf seinem Jahresempfang (S. 5) diskutierten Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Jugendverbandsarbeit kontrovers über die Perspektiven, Anerkennung und Vereinbarkeit in den jeweiligen Bereichen voranzubringen. Ausgangspunkt der Debatte war das Eröffnungsreferat von Erich Sass (Universität Dortmund), der die Ehrenamtsformel »Kompetenzerwerb und guter Nutzen« mit Ergebnissen einer aktuellen Studie belegte (S. 6).

punktum rundet das Titelthema mit Einblicken in Praxisbeispiele ab: Ehrenamt und Studium sowie freiwilliges Engagement im Beruf können eine befruchtende Liason bilden – wie das Beispiel der Fachhochschule Erfurt (S. 12), die Förderung durch das Hochschulnetzwerk »Bildung durch Verantwortung« (S. 10) und das gesellschaftliche Engagement im Hamburger Chemieunternehmen Lehmann & Voss (S. 13) zeigen. (jg)



Fotos: ©Christian Kahstorf und Maren Riepe

Diskutanten im Reimarus-Saal: u.a. mit Hans-Jürgen Plate (LJR; o. L.), Erich Sass (Uni Dortmund; o. r.), Dr. Friederike Föcking (CDU; u. L.) und Dr. Julia Körner (Handelskammer; u. r.)

# Ehrenamt kontrovers

## Diskussion auf dem Jahresempfang des Landesjugendringes Hamburg

Von Carlo Klett, Landesjugendring Hamburg

**Einladung zum Nachdenken.** Am Dienstagabend, den 12. Mai 2009, hatte der Landesjugendring Hamburg Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Jugendverbänden eingeladen, um über »Kompetenzerwerb (im Jugendverband) und guten Nutzen (für mich & andere)« zu sprechen. Auf seinem Jahresempfang begrüßte der Vorstand des LJR seine Gäste im Reimarus-Saal der Patriotischen Gesellschaft. Neben Snacks und Getränken gab es vor allem geistige Nahrung: Der Erziehungswissenschaftler und Soziologe Erich Sass von der Universität Dortmund referierte über Ergebnisse aus der aktuellen Studie »Informelle Lernprozesse Jugendlicher in Settings des freiwilligen Engagements« und sprach Empfehlungen für Praxis, Politik und Wirtschaft aus. Die Journalistin Marion Förster fragte anschließend eine Podiumsrunde, an der neben Erich Sass noch Dr. Friederike Föcking (CDU), Dr. Julia Körner (Handelskammer Hamburg), Wilhelm Müller (LJR Nordrhein-Westfalen) und Hans-Jürgen Plate (LJR Hamburg) teilnahmen: »Lohnt sich ehrenamtliches Engagement in Zeiten von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit?« Schnell wurde klar, dass das Thema »Anerkennung von Ehrenamt« keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellt. Gerade in der Wirtschaft, sagte Dr. Körner bewusst provozierend, bestehen immer noch Bedenken gegenüber der »pädagogisch organisierten Anarchie«, die aus den Jugendverbänden komme.

**Startpunkt** für einen lebhaften Disput, bei dem auch die Gäste im Saal rege teilnahmen. Hans-Jürgen Plate verdeutlichte den Standpunkt der Jugendverbände: »Wir bilden nicht für die Wirtschaft aus! Und das soll auch so bleiben.« Friederike Föcking und Wilhelm Müller versuchten eine vermittelnde Rolle einzunehmen und betonten die Chancen, die in einer größeren Anerkennung durch die Wirtschaft liegen. Müller sah sehr wohl, dass sich die Arbeitswelt weiterentwickelt hat und immer mehr Arbeitgeber die Kompetenzen zu schätzen und auch einzusetzen wissen.

**Zertifikat: Fluch oder Segen?** Grundsätzlich gestritten wurde über die Form einer möglichen Anerkennung von erworbenen Kompetenzen in Form von Zertifikaten. Ist das nicht das schlechteste, was man tun kann? Was, wenn am Ende der karrierefördernde Nachweis die Motivation wird, sich in Jugendverbänden zu enga-

gieren? Sass machte deutlich, dass sowohl die Vielzahl von Zertifikaten ein Problem darstelle als auch jedes einzelne Zertifikat für sich genommen. »Die Wirtschaft weiß oft nicht, was sie damit anfangen soll.« Dr. Körner bezweifelte darüber hinaus den Wahrheitsgehalt, »Zertifikate sehen oft besser aus, als sie sind«, und warnte davor, gesetzliche Regelungen schaffen zu wollen. Dr. Föcking erinnerte daran, dass es in Hamburg bereits ein Zertifikat gebe, den »Hamburger Nachweis«. Dieser sei jedoch, konkret Plate, »sinnfrei«. Er sei nur ein Nachweis, dass irgendwer irgendwas gemacht habe und fördere die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf keineswegs.

**Raum für's Ehrenamt.** Gregor Best (LJR Hamburg) schlug den Bogen zum letztjährigen Jahresempfang, bei dem es um die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Studium ging. Er wünsche sich neben einer Grundsatzdebatte »einen pragmatischen Vorschlag«, ähnlich der Anregung des LJR, ehrenamtliche Tätigkeit bei den Studiengebühren zu berücksichtigen. Auf das von ihm geforderte »Signal von Wirtschaft und Politik« erwiderte Dr. Föcking, die Politik habe reagiert und mit der Schaffung eines Darlehensmodells »das Problem entschärft«. Dies führte zur Heiterkeit unter den über 100 Anwesenden, hauptsächlich aus Jugendverbänden.

**Rein in die Schule?** Hier wurden gleich zwei Themen diskutiert: der eigenständige Bildungsauftrag von Jugendverbänden und die Verknappung des Zeitbudgets von Schülern. Für Dr. Föcking habe der Vortrag gezeigt, dass »Schule zukünftig ein Ort für ehrenamtliches Engagement« sein werde und Schulen darauf angewiesen seien, dass sie »ergänzt« werden. Sie betonte gleichzeitig die Gleichwertigkeit der verschiedenen Bildungseinrichtungen Schule und Jugendverband und rief zu mehr Zusammenarbeit und Verständnis auf. Gerade an diesem Punkt entzündete sich der Widerspruch im Saal. Pfadfinder Hannes Clausen (BdP Hamburg/Schleswig-Holstein) warf der Politik »Schönwetter«-Rederei vor. Die Angebote, die Jugendverbände stärker in das System (Ganztags-)Schule einzubinden, erscheine in der Tat problematisch, aber sowohl Dr. Föcking als auch ihr Bürgerschaftskollege Gerhard Lein (SPD) aus dem Publikum insistierten mit ihrem Vorschlag, die Jugendarbeit stärker an die Schulen zu holen. Föcking wörtlich: »Beide Seiten müssen profitieren. Da gibt es viele Möglichkeiten. Der NABU macht bereits Pro-

jekte an Schule.« Eike Schwede (LJR Hamburg) brachte den Widerspruch auf die Formel: »Verantwortung ist eine Kern-Kompetenz, die wir vermitteln können. Wenn aber diese Verantwortung beim Lehrer bzw. bei der Schule liegt, wird solche Kompetenz nicht mehr vermittelt. Und genau das passiert, sobald Jugendarbeit an Schulen stattfindet.«

Nicht nur bei den Pfadfindern, sondern auch bei vielen anderen Multiplikatoren aus den Jugendverbänden stieß das auf breite Zustimmung. Wilhelm Müller betonte die rechtlich problematische Situation an Schulen: »Sobald man reale Räume in Schulen nutzt, unterwirft man sich der Bürokratie der Schulen. Dann verliert Jugendarbeit einen Teil ihrer Selbstständigkeit.«

**Zertifikat: Annäherungen.** Nach diesem Ausflug in angrenzende Gebiete wurde die Diskussion durch die Moderatorin wieder auf den Ausgangspunkt zurückgeführt. Sind Kompetenzen überhaupt »objektiv« erfassbar? Und ist es Aufgabe von Jugendverbänden, Kompetenzen bzw. deren Erwerb zu messen? Sass verneinte klar und erklärte, es sei in erster Linie die Aufgabe von Jugendverbänden, für jugendliche Freiräume zur Selbstorganisation zu schaffen und ihnen damit indirekt »die Möglichkeiten für den Kompetenz-Erwerb zu geben.« Dr. Körner griff die eingangs geäußerte Einschätzung auf, Arbeitgeber würden den Kompetenzerwerb immer mehr zu schätzen wissen, und forderte mehr Offensive der Jugendverbände selbst: »Jugendverbände sollten sich bei den Unternehmen vorstellen. Jeder Personaler ist auch ein Mensch, der Berührungspunkte mit ehrenamtlichen Tätigkeiten hat.« Müller erinnerte daran, dass Profitunternehmungen und Jugendarbeit zwei Welten seien, die bislang kaum etwas miteinander zu tun haben (wollten) und kündigte ebenfalls weitere Gespräche an. Im Herbst werde sich der Landesjugendring mit Spitzenvertretern der Arbeitgeberverbände an einen Tisch setzen und eine Studie mit dem Arbeitstitel »Was weiß die Wirtschaft von Jugendarbeit« auswerten. Christian Weis vom Deutschen Bundesjugendring machte deutlich, dass die Jugendleiter/innen-Card (Juleica) kein Zertifikat sei und es auch nicht werden solle. Die JuLeiCa könne aber Ausgangspunkt für ein Zertifikat sein und pflichtete damit Hans-Jürgen Plate bei, der zuvor das Bayerische Modell als positives Beispiel in die Diskussion eingeführt hatte.

Als gegen 22 Uhr die letzten Besucher den Saal verließen, war das wichtigste Ergebnis des Abends die Erkenntnis aller Seiten über die Notwendigkeit von weiteren Gesprächen – für die Jugendlichen, aber zum Nutzen von allen.



# Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement

Empfehlungen aus dem Forschungsprojekt »Informelle Lernprozesse im Jugendalter in Settings des freiwilligen Engagements«\*

Von Erich Sass, Universität Dortmund

»Was lernen Jugendliche durch ein freiwilliges Engagement?« lautete die Grundfrage eines Forschungsprojekts, welches von 2003 bis 2007 von der Technischen Universität Dortmund und dem Deutschen Jugendinstitut in München unter dem Titel »Informelle Lernprozesse im Jugendalter in Settings des freiwilligen Engagements« durchgeführt wurde. Den Befunden der Studie zufolge, hat der Kompetenzgewinn aus einem jugendlichen Engagement nachhaltige Effekte, die noch im Erwachsenenalter wirksam sind, und zwar bezüglich des Kompetenzprofils, der Persönlichkeitsentwicklung, der beruflichen Orientierung und Karriere sowie der gesellschaftlichen und politischen Beteiligung.

Die wichtigsten Empfehlungen aus der Studie für die Praxis, aber auch für Politik und Verwaltung, werden im Folgenden, illustriert durch einige Untersuchungsergebnisse, zusammengefasst.

## I. Empfehlungen für die Praxis

### 1. Mit Diffusität umgehen – Gestaltungsspielräume eröffnen und erhalten

Schaut man auf die untersuchten Settings, die Jugendverbände, die Initiativen und Schülervertretungen, stellen sie sich zunächst als relativ diffuse Gebilde dar. Die Alltagsoffenheit der Organisationen ermöglicht Cliquen und Einzelpersonen niedrigschwellige Zugänge zu ihren Aktivitäten und damit den Zugang zu einem Raum, der Verbindungen zwischen Privatbereich und dem öffentlichen Leben schafft. In der Praxis mischen sich Freizeitaktivitäten mit Engagement oder auch private Probleme mit politischen Themen. Allein zu sagen, wer zu den Mitgliedern und wer zu den freiwillig Engagierten zählt, fällt einigen Organisationen schwer. In diesem intermediären Raum zwischen Privatem und Öffentlichem entstehen Formen der Partizipation, die vom einfachen Dabeisein bis zur Übernahme leitender Verantwortung reichen können. Gerade die Verantwortungsübernahme und das Handeln in Ernstsituationen, die sich oft spontan ergeben und dementsprechend schwer kontrollierbar sind, ermöglichen Lernprozesse, die andere Lernfelder so nicht bieten können. Ihre Identität als eigenständiges, vom formalen

System abgrenzbares Lernfeld können sich die Jugendorganisationen nur dann erhalten, wenn sie auf der Freiwilligkeit der Teilnahme und der Verantwortungsübernahme bestehen. Sachzwänge, die sich aus Vorgaben von Zuwendungsgebern oder Kooperationspartnern (z.B. der Schule) ergeben, dürfen nicht zur Aufgabe dieses Grundprinzips führen. Von den interviewten Jugendlichen wurde immer wieder betont, dass die Freiwilligkeit des Lernens im Engagement den wichtigsten Unterschied zum Lernen in der Schule ausmacht. Auch deshalb sollte das Prinzip der Freiwilligkeit auf keinen Fall unterlaufen werden.

Dies wird aber nur gelingen, wenn die Organisationen den Jugendlichen Gestaltungsspielräume eröffnen: Dort wo sie die Jugendlichen dabei unterstützen, ihre Interessen einzubringen und umzusetzen sowie Inhalte mitzugestalten und mitzubestimmen, wird dies zu einer Erhöhung der Motivation sowie der Bereitschaft zu längerfristiger Verantwortungsübernahme führen. Dies bedeutet auch, das Feld des Engagements nicht übermäßig zu pädagogisieren. Auch wenn die Diffusität der Organisationen, die sich nach Sturzenhecker aus ihren zentralen Strukturmerkmalen Freiwilligkeit, Offenheit und Diskursivität ergibt, der Wissenschaft, aber vor allem auch den Zuwendungsgebern, Kopfschmerzen bereiten mag, darf diese »pädagogisch organisierte Anarchie« (Sturzenhecker) nicht zugunsten formalisierter Bildungsangebote aufgegeben werden.

### 2. Bedürfnis nach Geselligkeit und Gemeinschaft berücksichtigen

Um Jugendliche längerfristig an die Organisationen zu binden, scheint es wichtig, ihrem Wunsch nach Geselligkeit und Gemeinschaft mit Gleichaltrigen nachzukommen, also Gruppenarbeit und soziale Einbindung zu fördern sowie Gelegenheiten zum informellen Austausch zu schaffen.

Freiwilliges Engagement ist in der Regel Teamarbeit. Das Handeln und Lernen in der Gleichaltrigengruppe erhöht die Lernmotivation. Auch von daher erscheint es wichtig, Teamarbeit und gemeinsames Lernen in der Peergroup zu ermöglichen und zu unterstützen. Die Studie zeigt, dass in der Jugendzeit Engagierte auch im Erwachsenenalter einen größeren Freundes- und Bekanntenkreis haben als Nicht-Engagierte; ein wichtiger Hinweis auf die soziale Integrationsfunktion der Organisa-

tionen. Weiter gefördert werden können diese Geselligkeitsaspekte, indem zum Beispiel die non-formalen Bildungsangebote der Organisationen so gestaltet werden, dass – wie es teilweise bereits geschieht – Bildungsaspekte mit Freizeitaspekten verknüpft werden. Angebote, die sich an Gruppen und Cliquen wenden, scheinen den besonderen Bedürfnissen der Jugendphase eher zu entsprechen, als Angebote für einzelne Jugendliche. Im Sinne der Offenheit der Organisationen und der Rekrutierung neuer Mitarbeiter könnten hier auch Personen aus dem persönlichen Umfeld der jungen Engagierten in die Bildungsaktivitäten einbezogen werden.

### 3. Frühe Gelegenheiten und Räume für aktivierende, partizipative Erfahrungen mit Verantwortungsübernahme schaffen

In keinem anderen gesellschaftlichen Feld werden Jugendliche so früh in die gesellschaftliche Verantwortung einbezogen wie in der Jugendarbeit. Sie übernehmen häufig schon im Alter von 13 – 14 Jahren erste Verantwortung, zum Beispiel in der Leitung von Kindergruppen, und

\* Der Text beruht auf einem Vortrag anlässlich des Jahresempfangs des Landesjugendring Hamburg e.V. am 12.05.2009.

## Die Studie

Im Rahmen einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage (Telefonbefragung) wurden 1.500 ehemals ehrenamtlich engagierte Erwachsene zwischen 25 und 40 Jahren zu Umfang, Inhalt und Qualität ihrer Kompetenzen sowie zu den Orten des Kompetenzerwerbs befragt. Als Kontrollgruppe dienten rund 550 Erwachsene im gleichen Alter, die in ihrer Jugend nicht ehrenamtlich engagiert waren. Im Rahmen einer qualitativen Erhebung wurden zudem 74 engagierte Jugendliche im Alter von 15 bis 22 Jahren sowie 13 ehemals engagierte Erwachsene im persönlichen Gespräch zu ihren Lernerfahrungen in Jugendverbänden, Initiativen und Schülervertretungen interviewt.

**Wiebken Düx, Gerald Prein, Erich Sass, Claus J. Tully:** Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement – Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008

können mitbestimmen und ihre Interessen vertreten.

Diese frühe Verantwortungsübernahme ist von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. So engagiert sich über die Hälfte der in ihrer Jugend freiwillig Tätigen auch noch im Erwachsenenalter (54 Prozent). Nur etwa 15 Prozent der früher Nicht-Engagierten haben nach dem 22. Lebensjahr ein Engagement aufgenommen. Dies sind deutlich weniger als der im Freiwilligen-survey 2004 ermittelte Bundesdurchschnitt, nach dem sich 36 Prozent der Gesamtbevölkerung engagieren.

Auch das politische und gesellschaftliche Interesse ist bei den früher Engagierten deutlich höher als bei den Nicht-Engagierten. So sagen 52 Prozent der ehemals Engagierten, und nur 37 Prozent der Nicht-Engagierten, dass sie sich »stark« für Politik und öffentliches Leben interessieren.

Wenn es den Jugendorganisationen durch gemeinsame Diskussionen und insbesondere durch die Mitarbeit in der Interessenvertretung, in Gremien und Ausschüssen sowie durch Möglichkeiten demokratischer Beteiligung und Mitbestimmung im Alltag gelingt, Jugendliche einzubeziehen, kann dies ein Weg sein, ihr erwachendes politisches Interesse angesichts der faktisch geringen Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen nicht in Politikverdrossenheit umschlagen zu lassen.

Demokratie verlangt aber nicht nur ein entsprechendes Bewusstsein sondern auch Kenntnisse. Wo sonst können Jugendliche in Ernstsituationen lernen, wie man Sitzungen und Wahlen oder auch Demonstrationen und Veranstaltungen vorbereitet und durchführt, Presstexte schreibt oder Reden vor größeren Gruppen hält?

Wie die Ergebnisse aus einer zentralen Frage der quantitativen Erhebung zeigen (siehe Abb. 1), verfügen die befragten Engagierten in allen Feldern über mehr Kompetenzen als die Nicht-Engagierten. Dies gilt insbesondere für Tätigkeiten aus dem Bereichen Gremienarbeit, Leitung und Organisation. So ist es nicht verwunderlich, dass insbesondere Personen, die dem Typ »Funktionär« oder »Organisator« zugeordnet wurden, stark von ihrem Engagement profitieren.

Von daher scheint es auch unter Bildungsaspekten sinnvoll, Jugendliche zu ermutigen und zu befähigen, Aufgaben in Gremien, Ämtern, Ausschüssen und der Interessenvertretung zu übernehmen. Dabei ist, den Befunden der qualitativen Studie zufolge, die Mitarbeit in Ausschüssen und Gremien häufig ein schwieriger langwieriger Prozess, der erleichtert wird, wenn erfahrene Ansprechpartner sich um Neueinsteiger kümmern, sie einführen und in ihren Aufgaben begleiten und unterstützen.

**Abb. 1: Lernpotenziale freiwilligen Engagements**  
Haben Sie schon einmal, häufig oder sehr häufig ...

Haben Sie schon einmal, häufig oder sehr häufig ...	Engagierte	Nicht-Engagierte
... eine größere Aufgabe im Team bearbeitet?	88 %	69 %
... eine Leitungsaufgabe übernommen?	69 %	48 %
... einen Text geschrieben, der veröffentlicht wurde	35 %	12 %
... andere Personen ausgebildet, unterrichtet oder trainiert?	77 %	53 %
... eine Rede vor mehr als 30 Personen gehalten?	55 %	27 %
... in Ausschüssen oder Gremien mitgearbeitet?	41 %	12 %
... größere Veranstaltungen außerhalb Ihres Privatbereichs organisiert?	56 %	27 %

Spezielle Fortbildungsangebote für die Arbeit in Gremien gibt es selten. Hier erscheint die Entwicklung solcher Angebote insbesondere für neue und jüngere Mitarbeiter wichtig, um ihnen die Kenntnis und Nutzung der politischen und verbandlichen Strukturen und Verfahrensweisen zu erleichtern, aber auch, um neue Mitarbeiter für diese wichtigen Ämter und Funktionen zu gewinnen und der weit verbreiteten Gremienabstinenz Jugendlicher entgegenzuwirken.

#### 4. Zugänge für Jugendliche aus bildungsfernen Familien verbessern

Wie viele Studien zeigen, engagieren sich überwiegend sozial gut integrierte Jugendliche mit höherer Schulbildung. Diese Jugendlichen nutzen damit die Chance, durch die vielfältigen Lernprozesse und sozialen Beziehungen im Engagement ihr schon im Elternhaus angelegtes soziales und kulturelles Kapital, ganz im Sinne des Matthäus-Effektes (»Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, das er die Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat.« Matthäus 15, 12), zusätzlich zu erweitern.

Hier müsste über Wege nachgedacht werden, auch bildungsfernen und bisher kaum erreichten Jugendlichen den Zugang zu einem Engagement und damit zu den darin enthaltenen Lernpotenzialen, Erlebnis- und Kontaktmöglichkeiten zu erleichtern.

Da der Einstieg zumeist über Familie, Freunde und Bekannte erfolgt und somit Menschen, die keine persönlichen Beziehungen zu den Organisationen haben, eher ausgeschlossen sind, wäre es wichtig, Kontakte herzustellen sowie über erweiterte bzw. neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit und der Information über Möglichkeiten, Inhalte und Kontexte eines Engagements nachzudenken.

Beispielsweise könnten sich die Organisationen in Schulen vorstellen und hier über ihre Arbeit sowie die Tätigkeiten, Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen eines Engagements informieren. Eventuell könnten auch Sozialpraktika im schulischen Rahmen als Ermög-

lichungsraum für ein (weitergehendes) Engagement dienen – etwa in der Art des »Service Learning«-Konzepts, in dem es um eine Verbindung schulischen Lernens mit Engagement im Gemeinwesen geht.

Zugleich muss berücksichtigt werden, dass nicht alle Organisationen des Engagements für alle Jugendlichen gleichermaßen interessant und förderlich sein können. Wenn – wie die standardisierte Erhebung belegt – sich Hauptschüler stärker in den Hilfs- und Rettungsorganisationen betätigen, dann geschieht dies vor allem, weil ihnen die hier gebotenen Arbeitsinhalte und Lernchancen der praktischen Hilfe häufig näher liegen als intensive Diskussionen über abstrakte Themen, wie sie etwa aus weltanschaulichen Organisationen geschildert werden. Vielleicht kann über zielgruppenspezifische Angebote eine niedrigschwellige Zugangsmöglichkeit für Heranwachsende geschaffen und ihr Interesse an den Aktivitäten der Organisation geweckt werden.

Bei den Bemühungen um neue Gruppen Engagierter, wie Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Hauptschüler, ist aber auch darauf zu achten, nicht die bestehenden Gruppen der Engagierten mit höherer Schulbildung zu verdrängen. Auch diese haben ein Recht auf Angebote, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen.

#### 5. Rolle der (hauptberuflichen und freiwilligen) Erwachsenen klären

In den meisten untersuchten Organisationen finden sich hauptberufliche oder freiwillige erwachsene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort in der Regel wichtige Funktionen haben, aber auch Prozesse verhindern können. Wenn Jugendliche durch Verantwortungsübernahme lernen sollen, muss ihnen auch Gelegenheiten dazu gegeben werden. Wie die qualitative Untersuchung zeigt, erhöhen Vertrauen in ihr Können, Ermutigung zur Verantwortungsübernahme und Anerkennung ihrer Bemühungen die Engagementbereitschaft Jugendlicher, ihre Freude an der Tätigkeit und damit auch die Lernchancen. Erwachsene

Mitarbeiter in den Organisationen stehen hier in der besonderen Verantwortung, Jugendliche bei den übernommenen Aufgaben als Förderer oder Mentoren zu begleiten und darauf zu achten, dass diese sich nicht überfordern. Wo noch nicht gängige Praxis, sollten Möglichkeiten zur Diskussion und Reflexion der Arbeit geschaffen werden, um die Jugendlichen nicht mit ihren Aufgaben und Problemen allein zu lassen, wie es von manchen Befragten (oft als »Sprung ins kalte Wasser«) beschrieben wird. Zudem wollen Jugendliche für ihre Leistungen im Engagement Anerkennung erfahren. Ob diese in ideeller oder materieller Form erfolgt, erscheint dabei, den Aussagen der Engagierten zufolge, eher sekundär.

Hauptberufliche tragen eine besondere Verantwortung für den Fortbestand ihrer Organisationen und verkörpern deren Wertvorstellungen nicht selten durch die eigene Person. Sie fungieren zum Teil als Anleiter mit Weisungsbefugnis, als Ansprechpartner in Problemlagen, aber gleichzeitig auch als Erbringer von Serviceleistungen für Engagierte und Mitglieder. Daraus ergeben sich Widersprüche, die nicht immer aufzulösen sind. Die Organisationen können ihre Hauptberuflichen aber dabei unterstützen, mit ambivalenten Situationen umzugehen, etwa durch Angebote des kollegialen Austausches, Fortbildungen oder Supervisionen.

## 6. Einheitliche Kompetenznachweise entwickeln

Jugendlichen, die dies wünschen, sollten Tätigkeitsnachweise ihres freiwilligen Engagements ausgestellt werden, die in Bewerbungsverfahren eingebracht werden können. Hierbei ist auf die Wahrung der Qualität von Nachweisen und Zertifikaten zu achten, da sie ansonsten an Wert verlieren.

Gespräche mit der Wirtschaft zu den Inhalten und Lernpotenzialen des freiwilligen Engagements könnten eventuell dazu beitragen, den Nutzen von Nachweisen zu erhöhen. Gleichzeitig erscheint es sinnvoll, aus der Vielzahl von bereits existierenden Vorlagen für Tätigkeitsnachweise einen einheitlichen Vordruck zu entwickeln. Dieser dürfte die Akzeptanz auf Seiten der Unternehmen erhöhen und für Organisationen und Jugendliche das Verfahren erleichtern.

## 7. Netzwerke pflegen und die Außendarstellung optimieren

Die Organisationen sollten sich nicht nur mit sich selbst und ihren internen Aufgaben und Problemen befassen, sondern sich zum Gemeinwesen öffnen und als Akteure in sozialräumlichen Netzstrukturen wirken. Der Kontakt zu anderen Organisationen, zur Politik, zu Bil-

dungseinrichtungen oder auch zur Wirtschaft ist für Jugendliche insofern von Interesse, als dass auch er Lernchancen birgt und dazu dienen kann, soziales Kapital, vor allem Kontakte, zu generieren. Die Chance, im öffentlichen Raum zu agieren und wirksam zu werden, erhalten Jugendliche in anderen gesellschaftlichen Feldern kaum. Dies bedeutet für die Organisationen auch eine besondere Verantwortung, Jugendliche dabei zu unterstützen, diese Chancen der Partizipation zu erkennen und wahrzunehmen.

Die Außendarstellung der Jugendverbandsarbeit und damit ihre Profilierung erscheinen an vielen Stellen verbesserungswürdig. Die jetzt auch empirisch nachgewiesene Qualität und Vielfalt der Lern- und Bildungsprozesse in diesem Feld sind bisher nur unzureichend nach außen kommuniziert worden.

Wenn es den Organisationen gelingt, ihre Lernpotenziale und mögliche Kompetenzgewinne durch das Engagement nach außen sichtbar zu machen und nach innen zu fördern, könnte dies zu einer gesteigerten öffentlichen Anerkennung führen. Dies dürfte auch Rückwirkungen auf der organisationsinternen Ebene haben.

## II. Empfehlungen für die Politik

### 1. Strukturen erhalten und unterstützen

Ohne die Bereitschaft von Menschen, freiwillig und unbezahlt verantwortungsvolle Aufgaben in gemeinnützigen Organisationen zu übernehmen, könnten viele gesellschaftlich wichtige Anliegen und Aufgaben nicht bewältigt werden. Gemeinwohlorientierte Organisationen, Vereine und Verbände, Kirchen und Initiativen als zivilgesellschaftliche Akteure sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf das aktive Engagement der Bürger, aber auch auf politische Unterstützung angewiesen.

Hier muss von der Politik anerkannt und beachtet werden, dass es sich bei den Freiwilligenorganisationen um komplexe Gebilde mit besonderen strukturellen Merkmalen handelt. Die oben angesprochene Diffusität, die sich aus diesen strukturellen Charakteristika ergibt und eine Besonderheit des Lernortes Engagement ausmacht, kann zu Verunsicherungen in den Organisationen selbst, aber auch bei Kooperationspartnern und der Politik führen. Wir wissen, dass sie auch – besonders in der Jugendarbeit – zu Hochs und Tiefs führen kann. Die Kontinuität, die notwendig ist, um Strukturen auch in schwierigen Zeiten zu erhalten, kann eigentlich nur von Hauptberuflichen gewährt werden.

Um freiwilliges Engagement in den Organisationen auch weiterhin in großem Ausmaß zu ermöglichen, sollte die aktuelle Förderpraxis überdacht und die Organisationen wieder ver-

stärkt beim Erhalt und Ausbau ihrer Strukturen unterstützt werden. Dies gilt für die Förderung hauptberuflicher Tätigkeit ebenso, wie für die Förderung infrastruktureller Investitionen oder Bildungsmaßnahmen und die öffentliche Anerkennung und Förderung freiwilliger Tätigkeit.

### 2. Förderung freiwilliger Tätigkeit

In der Öffentlichkeit, besonders in der medialen Berichterstattung, wird, wenn es um freiwilliges Engagement geht, in erster Linie der Aspekt des Helfens, des Einsatzes für Gesellschaft und Einzelne thematisiert. Sicher handeln auch in der Kinder- und Jugendarbeit die Engagierten in der Regel nicht überwiegend aus Eigeninteresse, sondern helfen Kinder und Jugendlichen, erfüllen Aufgaben im Gemeinwesen und tragen zur Gestaltung der Sozialräume bei. Genauso wichtig für die Jugendarbeit sind aber zwei weitere Aspekte, nämlich der der Interessenvertretung und Partizipation sowie der Bildungsaspekt. Engagement ist ein Lernfeld, auf dem Jugendliche demokratische Verfahrensweisen kennenlernen und einüben sowie politische Kompetenzen entwickeln und in der konkreten Praxis anwenden können. So konnte in der Studie gezeigt werden, dass ehemals Engagierte sich in allen Feldern politisch-gesellschaftlicher Partizipation stärker beteiligen als früher Nicht-Engagierte. Dies gilt sogar für niedrigschwellige Formen, wie z.B. der Beteiligung an Unterschriftenaktionen, insbesondere aber für die Mitarbeit in Parteien und Bürgerinitiativen oder die Übernahme politischer Ämter. Interessant ist, dass dieser Effekt auch dann erhalten bleibt, wenn man Engagierte aus dezidiert politischen Organisationen aus der Berechnung ausklammert (siehe Abb. 2).

Es ist wichtig, diese Seite des Engagements ins Blickfeld zu rücken sowie zu unterstützen – und damit das darin liegende Lern- und Bildungspotenzial für eine demokratische Bürgergesellschaft wie auch den Gewinn für den Einzelnen aufzuzeigen.

Die Förderung und Anerkennung der Arbeit engagierter Jugendlicher durch die Politik zeigt sich nach Meinung der Befragten in erster Linie darin, dass Mittel zur Umsetzung von Ideen und zum Erhalt der Unterstützungsstrukturen bereitgestellt werden. Formen individueller Anerkennung wie Ehrungen, Einladungen etc. werden von Jugendlichen nicht abgelehnt, haben für sie aber keine ausschlaggebende Bedeutung.

Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang auch, politische Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge transparenter zu machen. Undurchschaubare Entscheidungsstrukturen und nicht nachvollziehbare Begründungszusammenhänge, insbesondere wenn sie mit Mittelkür-



zungen verbunden sind, führen – wie die qualitative Untersuchung zeigt – insbesondere bei Jugendlichen zum Gefühl unzureichender Anerkennung und der Missachtung des Geleisteten. Häufig haben auch Querschnittsentscheidungen, z.B. aus dem Steuerrecht oder dem EU-Recht, die auf den ersten Blick nichts mit Freiwilligenarbeit zu tun haben, Nebenfolgen, die den Betroffenen das Leben schwer machen. Hier kann man nur dahingehend appellieren, dass bei solchen Entscheidungen die Belange der Engagierten stärkere Berücksichtigung finden.

### 3. Die arbeitsmarktpolitische Relevanz freiwilligen Engagements erkennen

Wie in der Studie gezeigt werden konnte, hat das freiwillige Engagement nicht nur Einfluss auf die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Partizipation sondern auch auf die Berufswahl, den Berufseinstieg und die beruflich verwertbaren Kompetenzen. Die Befunde der standardisierten Erhebung belegen, dass in ihrer Jugend engagierte Personen in größerem Ausmaß (25 Prozent) Berufe im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen ergreifen als Nicht-Engagierte (15 Prozent). Damit wird deutlich, dass das freiwillige Engagement im Jugendalter ein wichtiges Rekrutierungsfeld für Berufe im Bereich der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen ist. Für die Professionen des Sozial-, des Bildungs- aber auch des Gesundheitsbereichs ist das freiwillige Engagement Jugendlicher ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Nachwuchsgewinnung. Um dem steigenden Arbeitskräftebedarf in diesen Bereichen gerecht werden zu können, erscheinen deshalb gesellschaftliche Investitionen zum Erhalt und zur Ausweitung dieser Lernfelder erforderlich. Außerdem werden im Engagement persönliche und soziale Eigenschaften und Fähigkeiten gefördert, wie sie mittlerweile in allen Berufsfeldern verlangt werden.

### 4. Den Lernort »Freiwilliges Engagement« in die Bildungsdebatte einbeziehen

Davon ausgehend, dass das formale Bildungssystem den zukünftigen Anforderungen an Bildung und Kompetenz des Einzelnen in einer globalisierten Gesellschaft nicht umfassend zu genügen scheint und ein zunehmender gesellschaftlicher Bedarf an den Potenzialen informeller Bildung entsteht, ist auch in den politischen Gremien und in der Öffentlichkeit die Debatte um Lernfelder jenseits des formalen Bildungssystems verstärkt zu führen. Erkennt man an, dass es sich beim freiwilligen Engagement um einen eigenständigen Bildungsbereich mit unterschiedlichen Lernkontexten handelt, muss man ihm auch zeitliche Ressourcen zubilligen. Insbesondere in der Dis-

kussion um Veränderungen in der Schule und den damit einhergehenden zeitlichen Verdichtungen werden die damit verbundenen Nebenwirkungen auf Freizeit und Engagement scheinbar kaum beachtet. Die Ausweitung der Schulzeiten in den Nachmittagsbereich und die Verdichtung des Unterrichtsstoffes dürften den Freiraum für ein freiwilliges Engagement deutlich schmälern oder ein solches sogar verhin- dern.

Etwa 80 Prozent der Befragten sind im Alter unter 16 Jahren erstmalig in ein Engagement eingestiegen. Es könnte gesellschaftlich brisante Folgen haben, wenn Jugendliche aufgrund von Überlastung durch die Schule in diesem Alter kein Engagement aufnehmen. Sie werden sich mit großer Wahrscheinlichkeit auch als Erwachsene nicht engagieren.

Deshalb wäre es wünschenswert, dass die Politik auch in den Debatten um Bildung und Schule und bei entsprechenden Entscheidungen die Interessen der jungen Engagierten berücksichtigt.

Fast 70 Prozent der Befragten sagen, dass in »hohem« oder sogar »sehr hohem« Umfang für sie wichtige Fähigkeiten im Engagement erworben haben. Eine öffentliche Sichtbarmachung der Möglichkeiten, durch bürgerschaftliches Engagement außerhalb des formalen Bildungssystems wichtige persönlichkeits- und berufsrelevante Kompetenzen zu erwerben, könnte evtl. auch einer Attraktivitätssteigerung der freiwilligen Mitarbeit in Vereinen und Verbänden dienen und dazu beitragen, die – laut Freiwilligen-survey – große Zahl der an einem Engagement interessierten Jugendlichen (ca. 40%) anzu-

sprechen und für ein Engagement zu motivieren. Dementsprechend darf der öffentliche Diskurs über Lernen nicht nur auf das formale Bildungssystem beschränkt werden, sondern sollte im Blick auf die Aneignung zentraler Kompetenzen ein möglichst weites Spektrum an Lernformen, -orten und -modalitäten integrieren und aufeinander beziehen, um so das Zusammenspiel der verschiedenen Lernorte und Lernformen zu fördern. Hierzu scheint es nützlich, den jugendpolitischen, den bildungspolitischen sowie den engagementpolitischen Diskurs zusammen zu führen.

#### Der Autor

**Erich Sass** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut und Technische Universität Dortmund, Fachbereich Erziehungswissenschaft und Soziologie



### Abb. 3: Gesellschaftliche Partizipation

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich gesellschaftlich oder politisch einzusetzen. Sagen Sie mir doch bitte, welche in den letzten fünf Jahren auf Sie zutreffen.

	Nicht-Engagierte	Engagierte	Engagierte (ohne früher politisch Aktive)
Mitgliedschaft in einer Partei? .....	3 %	7 %	5 %
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative? .....	5 %	9 %	8 %
Übernahme eines politischen Amtes? .....	0,3 %	4 %	3 %
Eingaben an die Politik oder Verwaltung? .....	7 %	14 %	13 %
Leserbriefe schreiben? .....	13 %	15 %	14 %
Beteiligung an Unterschriftenaktionen? .....	59 %	68 %	67 %
Mitarbeit in einem Betriebsrat oder einer anderen			
Interessenvertretung? .....	17 %	25 %	24 %
Beteiligung an Demonstrationen? .....	20 %	25 %	24 %
Beteiligung an politischen Aktionen, wie Besetzungen			
oder Blockaden? .....	1 %	3 %	3 %
Beteiligung an Aktionen zum Natur- oder			
Katastrophenschutz? .....	15 %	26 %	26 %
Geldspenden an Parteien, Initiativen oder gemein-			
nützige Organisationen? .....	59 %	71 %	71 %
Hilfeleistungen für Obdachlose, Asylbewerber oder			
Behinderte? .....	35 %	39 %	39 %

## Bürgerschaftliches Engagement an Universitäten

Von Jörg Miller und Wolfgang Stark, UNIAKTIV, Universität Duisburg-Essen

**Eine Gruppe von Lehramtsstudierenden konzipiert und organisiert ein Elterncafé an einer Grundschule mit hohem Migrationsanteil – Studierende der Wirtschaftsinformatik programmieren den Webauftritt für einen Sehbehindertenverein – Studierende der Geisteswissenschaften analysieren die Öffentlichkeitsarbeit eines Vereins und entwickeln eine PR-Strategie. Alle diese Projekte finden im Rahmen von Service Learning Seminaren an der Universität Duisburg-Essen statt und dokumentieren, dass universitäre Lehre und Engagementförderung vielleicht doch nicht so schlecht zusammenpassen.**

Wer die aktuellen Diskussionen zur Hochschulentwicklung betrachtet, erkennt schnell, dass viele Freiräume des Studierens (selber inhaltliche Schwerpunkte wählen bzw. selber organisieren und damit eigene Interessen herausbilden) zu Gunsten einer klarer strukturierten und kürzeren Studienzzeit im Rahmen von Bachelor- und Master-Programmen aufgegeben wurden. Studium heute heißt studieren im Rahmen einer stark verschulzten Studien-Struktur in Form von Modulen – womit sich die Frage stellt, inwieweit Studierende in ihrem Studium noch Zeit für den Blick über den Tellerrand haben. Der Spielraum für bürgerschaftliches Engagement oder erfahrungsorientiertem Lernen (Dewey 1963) an Universitäten ist heute daher eindeutig begrenzt.

**Dieser Blick erscheint** besonders bedeutsam, wenn man bedenkt, dass von verschiedenen Seiten den heutigen Absolventen mangelnde Praxisrelevanz und fehlende überfachliche Kompetenzen attestiert werden (HRK 2009, Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2004). Diese sind aber nicht im verschulzten Studium, sondern abseits der Universität in not-for-profit-Organisationen (NPO) oder Unternehmen erwerbbar. Was scheint also sinnvoller als das Studium nach Außen zu öffnen und real existierende gesellschaftliche Probleme und Fragestellungen zum Lernort des Studiums zu machen?

Gemeinsam mit der Forderung an die Praxisorientierung wird heute auch die Forderung an jeden einzelnen, Verantwortung für das eigene Handeln und die Gesellschaft zu übernehmen, erhoben. Die Frage nach den Möglichkeiten sowie die Bereitschaft des Individuums sich

gesellschaftlich zu engagieren, rückt damit zwingend ins Zentrum. Diese Bereitschaft bedarf einer grundlegenden Sensibilisierung für gesellschaftliche Bedürfnisse und deren Lösungen. Studierende und damit potenzielle zukünftige Führungskräfte sollten in besonderem Maße für gesellschaftliche Verantwortung und Teilhabe aufgeschlossen werden und diese auch selbst erfahren (Heidbrink/Hirsch 2006; Altnschmidt, Miller, Stark, Hrsg. 2009). Auch das ist ein zentraler Bestandteil des Bildungsauftrags von Hochschulen.

**Einige deutsche Hochschulen** gehen deshalb dazu über, bürgerschaftliches Engagement und Service Learning – eine Methode, die zivilgesellschaftliches Handeln und universitäre Lehre verbindet – in das Hochschulcurriculum aufzunehmen. Dabei kommen ganz verschiedene Ansätze zum Tragen. Mal werden Einzelengagements begleitet und mit Kreditpunkten versehen, mal arbeiten Gruppen in Projekten an gesellschaftlichen Fragestellungen und deren Lösungen. Mal zielen die Angebote auf die Anwendung der im Seminar vermittelten Theorie und mal geht es im Engagement stärker um den Erwerb von Schlüsselkompetenzen wie Kommunikations-, Führungs- oder Teamfähigkeit.

Allen Angeboten gemeinsam ist die Tatsache, dass das Lernen nicht mehr ausschließlich im so genannten Elfenbeinturm stattfindet, sondern dass Institutionen und Initiativen aus sozialen, ökologischen, kulturellen oder politischen Feldern (not-for-profit-Organisationen – NPO) starke Partner im Bereich der Ausbildung von Studierenden werden. Hochschulen und NPO bereiten die Studierenden gemeinsam auf eine aktive Rolle in unserer Gesellschaft vor. Um diese Öffnung nach außen zu dokumentieren und das Bildungsziel Partizipation und die Sensibilisierung für die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu unterstreichen, haben im März 2009 fünf Universitäten und eine Fachhochschule das Hochschulnetzwerk »Bildung durch Verantwortung« ([www.netzwerk-bdv.de](http://www.netzwerk-bdv.de)) gegründet, dessen Gründungsmitglied die Universität Duisburg-Essen ist.

**Mit UNIAKTIV**, dem von der Stiftung Mercator geförderten Zentrum für gesellschaftliches Lernen und soziale Verantwortung an der Universität Duisburg-Essen, wird seit 2005 bürgerschaftliches Engagement in die universitäre Lehre integriert ([www.uniaktiv.org](http://www.uniaktiv.org)). Das Konzept des Service Learning und die Vermittlung einzelner Studierender oder kleiner Gruppen in Engagementbereiche sollen bürgerschaftliches

Engagement sowohl als festen Bestandteil der Universitätskultur verankern, als auch diese Haltung und den damit verbundenen Wert gesellschaftlicher Verantwortung systematisch in die universitäre Lehre integrieren. Dabei ist UNIAKTIV in seiner Struktur vergleichbar mit entsprechenden Public Service Center amerikanischer Universitäten (wie z.B. MIT, Berkeley, Tufts University etc.). In den USA haben mehr als 40% aller Universitäten und Colleges Zentren für bürgerschaftliches Engagement (Campus Compact 2008). Diese verstehen sich als Partner im regionalen Umfeld, entwickeln wichtige Kooperationsfelder zwischen Hochschule und Region und erbringen Vermittlungsleistungen zwischen dem regionalen Umfeld und der Hochschule (Campus-Community Partnership). Damit wird nicht nur ein wachsendes Potential an außeruniversitären Lernfeldern zur Kompetenz- und Verantwortungsentwicklung für Studierende erschlossen, sondern es erfolgt auch ein Know-how-Austausch zwischen Hochschule und Region, die beiden Partnern zugute kommt. Um das Ziel zu erreichen, bürgerschaftliches Engagement unter den Studierenden der Hochschule zu fördern und in die universitäre Lehre zu integrieren, verfolgt UNIAKTIV zwei Ansätze:

• **Begleitetes Freiwilligenengagement.** UNIAKTIV berät Studierende, die sich zivilgesellschaftlich engagieren möchten und vermittelt ihnen passgenau Tätigkeitsfelder und Organisationen aus gesellschaftlichen, sozialpolitischen, kulturellen und ökologischen Arbeitsfeldern. Für die Beratungs- und Vermittlungsarbeit verfügt UNIAKTIV über eine Datenbank mit derzeit mehr als 300 Non-Profit-Organisationen und über 600 Engagementangeboten. Für einen frei wählbaren Zeitraum unterstützen die Studierenden zum Beispiel soziale Einrichtungen in der Arbeit mit alten, kranken oder behinderten Menschen, mit Obdachlosen oder mit Kindern in Schulen und Kindergärten. Sie engagieren sich im ökologischen Bereich für Umweltorganisationen oder im Veranstaltungsmanagement von sozialkulturellen Projekten. Ebenso stehen von der Universität unterstützte regionale und internationale Projekte wie die Sustainable Development Group der Universität Duisburg-Essen, die UNICEF-Hochschulgruppe oder die Studierendenorganisation Students In Free Enterprise für ein Engagement offen. Als Rahmen bietet UNIAKTIV den Studierenden ein begleitendes Seminar. Die Studierenden können in Workshops nach passenden Engagementformen und -orten suchen, sich auf ihr Freiwilligenengagement vor-

bereiten und ihre Engagementerfahrungen reflektieren. Im Rahmen der von UNIAKTIV begleiteten Engagements reflektieren und stärken die Studierenden insbesondere ihre personalen und sozialen Kompetenzen. Kompetenzen wie Kommunikationsfähigkeit, die Fähigkeit Bindungen aufzubauen, Konflikte zu managen bzw. zu lösen. Kooperations- und Teamkompetenzen sind sowohl im freiwilligen Engagement als auch für den späteren Beruf unentbehrlich. Mit einem anerkannten Zertifikat dokumentiert UNIAKTIV das Engagement und die durch das Engagement erworbenen Kompetenzen der Studierenden. Die Studierenden erhalten somit eine Bestätigung ihrer Bereitschaft, sich für die Zivilgesellschaft einzusetzen, die sich für spätere Bewerbungen in zahlreiche Berufsfeldern als hilfreich erweist.

#### • Service Learning

Zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in der fachbezogenen Lehre initiiert und koordiniert UNIAKTIV gemeinsam mit Lehrenden verschiedener Studiengänge und Disziplinen Projektseminare, in denen fachliches Wissen und Können in gemeinnützigen Projekten und Einrichtungen eingesetzt wird. Studierende der Informatik der Universität Duisburg-Essen entwickeln beispielsweise ein GPRS-gestütztes Navigationssystem für blinde Menschen. Angehende Medien- und KommunikationswissenschaftlerInnen entwickeln PR-Materialien und Marketingkonzepte für soziale Projekte. Zukünftige Lehrer und Bildungswissenschaftler entwickeln Unterrichtskonzepte und Lehrmaterialien, die sie als Dienstleister eigenständig oder begleitend im schulischen Betrieb anwenden. In den Präsenzphasen dieser Service Learning Seminare wird das theoretisch-methodische Wissen vermittelt, das die Grundlage für die praktische Arbeit mit Non-Profit-Organisationen in der Projektphase ist. Die Studierenden erproben sowohl ihr Wissen als auch ihre Kompetenzen, die sie als Dienstleister gegenüber einem »realen« gemeinnützigen Kunden beweisen müssen. Die Non-Profit-Organisationen profitieren vielfach vom Know-how und dem Engagement der Studierenden. Die Universität wird von Bürgern und Institutionen als ein Akteur mit zivilgesellschaftlichem Gestaltungspotential wahrgenommen, und immer weniger als akademischer Elfenbeinturm.

**Die Erfolge von UNIAKTIV** liegen auf der Hand: in den letzten drei Jahren haben über 900 Studierende einzeln oder in Projektgruppen an Problemen der Gesellschaft gearbeitet. Über 100 Studierende haben sich einzeln individuell engagiert und in über 40 Seminaren haben Studierende aus den Fachgebieten Pädagogik, Wirtschaftsinformatik, Chemie, Physik, Ingenieurwissenschaften, Gesellschafts- und Geis-

teswissenschaften in Gruppen an gesellschaftlichen Fragestellungen gearbeitet.

Die Zusammenarbeit der Universität mit ihrer akademischen Kultur und den Non-Profit-Einrichtungen stellt dabei aber immer noch die größte Herausforderung dar. Der zeitliche Rahmen und die in Service Learning Seminaren übliche Projektstruktur (Studierende engagieren sich über eine Zeiträume von drei Monaten) stellen für viele Non-Profit-Einrichtungen einen ungewohnten Rahmen dar, mit dem noch wenig Erfahrungen bestehen. Häufig wird ein langfristiges Engagement erwartet, das aber den Interessen der Studierenden ebenso wie der Struktur des Studiums widerspricht. Organisationen, die sich aber auf diese, für sie neue Form des Engagements einlassen, sind häufig mit den Leistungen der Studierenden sehr zufrieden. Langfristige Kooperationen führen zudem dazu, dass in regelmäßigen Abständen neue Projektgruppen in den Einrichtungen arbeiten und nicht selten engagieren sich einzelne Studierende über das Seminar hinaus weiterhin für die Organisation.

#### Literatur:

Altschmidt, K. / Miller, J. / Stark, W. (Hrsg.) (2009): Raus aus dem Elfenbeinturm? – Entwicklungen in Service Learning und bürgerschaftlichem Engagement an deutschen Hochschulen. Weinheim und Basel: Beltz | Campus Compact (2008): 2007 service statistics: Highlights and trends of Campus Compact's annual membership survey. Providence, RI: Campus Compact | **Deutscher Industrie- und Handelskammertag** (2004): Fachliches Können und Persönlichkeit sind gefragt. Ergebnisse einer Umfrage bei IHK-Betrieben zu Erwartungen der Wirtschaft an Hochschulabsolventen. www.dihk.de/positionen (Abruf 4.2.2008) | Dewey, J. (1963): Experience and Education. New York: Collier Macmillan | Heidbrink, L. / Hirsch, A. (Hrsg.) (2006): Verantwortung in der Zivilgesellschaft. Frankfurt: Campus | **Stifterverband für die deutsche Wirtschaft** (Hrsg.) (2004): Schlüsselkompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit. Konzepte für die Vermittlung überfachlicher Qualifikationen an Hochschulen. Essen **Hochschulrektorenkonferenz (HRK)**: Zum Bologna-Prozess nach 2010. Entschließung der 5. (a.o.) Mitgliederversammlung am 27.1.2009 | www.hrk.de/de/download/dateien/Entschliessung\_Bologna.pdf

## Info

**Hochschulnetzwerk »Bildung durch Verantwortung«.** Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss von Hochschulen. Es befasst sich mit der Förderung studentischen sozialen Engagements zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Kompetenz. Die teilnehmenden Hochschulen unterstützen das Netzwerk dabei, sich effektiv mit ihrer Community zu vernetzen. Es hilft Hochschulen bei der Entwicklung von Programmen des Service Learning und stellt einschlägige Materialien bereit. Desweiteren unterstützt das Netzwerk die teilnehmenden Hochschulen darin, bei der Ausbildung von Studierenden deren soziale und gesellschaftliche Verantwortung zu fördern, indem sie angehalten werden, einen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten. Dabei sollen sie neben Fachwissen auch Erfahrung über sich selbst, entfernte Teile ihrer Umwelt, sowie die Gesellschaft insgesamt sammeln. Die Gründung des Netzwerkes erfolgte im März 2009.

**Mitglieder:** Universität Duisburg-Essen  
Universität Erfurt | Universität Mannheim  
Universität des Saarlandes | Universität Würzburg

**Kontakt und Koordination:** UNIAKTIV  
Pavillon für Information und Kommunikation | Universitätstr. 12 | 45141 Essen  
T.: (0201) 183-2220 | info@uniaktiv.org  
www.uniaktiv.org | www.netzwerk-bdv.de

**UNIAKTIV.** Schon seit 2005 verbindet die Universität Duisburg-Essen mit UNIAKTIV Theorie und Praxis. Dabei bietet die Uni den Studierenden die Möglichkeit mit Service Learning ihr Wissen praktisch anzuwenden und sich in sozialen Einrichtungen zu engagieren. UNIAKTIV betreut die angehenden Akademiker bei ihren Schritten in die Praxis und vermittelt ihnen wichtige Schlüsselqualifikationen. Mehr als 900 Studierende haben die Initiative und kooperierende Dozenten so bereits mit über 40 Seminaren und in rund 50 Projekten begleitet.

## Die Autoren



Wolfgang Stark



Jörg Miller

**Wolfgang Stark** ist Professor für Organisations- und Gemeindepsychologie an der Universität Duisburg-Essen und Mitgründer und wissenschaftlicher Leiter von UNIAKTIV. Dipl.-Päd. **Jörg Miller** ist Mitgründer und Projektleiter von UNIAKTIV an der Universität Duisburg-Essen.

## Credit Points für Courage

Die Fachhochschule Erfurt erkennt gesellschaftliches Engagement ihrer Studenten als Studienleistung an. Ein Interview mit Vize-Präsidentin Ines Kadler\*

**ZEIT ONLINE:** Frau Kadler, die FH Erfurt unterstützt Studenten, die sich beim »Netzwerk Courage«, einem Zusammenschluss verschiedener Träger, gesellschaftlich engagieren. Was ist die Idee dahinter?

**Ines Kadler:** Wir wollen es honorieren, wenn sich unsere Studenten außerhalb der Hochschule engagieren. Sie arbeiten in verschiedenen Projekten des Netzwerks mit, an dem Jugendhilfeträger wie die Arbeiterwohlfahrt, DGB-Jugend, die Falken oder die Jusos beteiligt sind. Für ihre Arbeit erhalten die Studenten Credit Points, die für das Studium angerechnet werden.

**?:** Wie muss man sich das vorstellen? Entspricht die Teilnahme an einem Projekt einer Seminararbeit?

**I. K.:** Für einen bestimmten Arbeitsaufwand gibt es eine genaue Anzahl von Punkten. So, als würde der Student ein Seminar besuchen, eine Hausarbeit schreiben oder ein Referat halten. Für bestimmte Projekte, die sich über mehrere Semester ziehen, kann es bis zu acht Punkte geben. Arbeitsaufwand im Studium und Projekt sind gleichgestellt.

**?:** Welche Projekte gibt es?

**I. K.:** Das Netzwerk veranstaltet Workshops in Schulen und anderen Ausbildungsstätten zu den Themen Rassismus, Diskriminierung, Vorurteile, Courage. Es finden auch Projekttag statt zu Solidarität, Demokratie und politischer Mitbestimmung oder zum bewussten Umgang mit

Medien. Soziales Engagement steht im Mittelpunkt. Ein Team vor Ort arbeitet mit Jugendlichen ab der achten oder neunten Klasse. Das geschieht manchmal spielerisch, manchmal in einer Art Vortragreihe oder Rundgang.

**?:** Ist die Vergabe von Credit Points auf bestimmte Fachbereiche beschränkt?

**I. K.:** Das Angebot soll für alle unsere Studenten gelten. Soziales Engagement ist bei uns ein wichtiges Thema im Fachbereich Sozialwesen, im Zentrum für Weiterbildung und auch bei den Studenten und Uni-Gruppen selbst.

**?:** Wie kam es zu der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk?

**I. K.:** Wir stellten fest, dass Zeitmangel und Überschneidungen mit dem Uniangebot ein Problem für engagierte Studenten wurden. Also haben wir uns überlegt, was wir tun können, damit soziales Engagement für Studenten attraktiv bleibt. Dass diese Arbeit jetzt gewürdigt wird, begrüßen die Studenten natürlich.

**?:** Wie viele Studenten nehmen teil?

**I. K.:** Es finden etwa 200 Veranstaltungen pro Jahr statt, bei jeder sind ein bis zwei Studenten beteiligt. Für das nächste anstehende Projekt haben sich zwölf oder dreizehn unserer Studenten beworben.

**?:** Gibt es innerhalb ihrer Hochschule auch Kritik an diesem Projekt?

**I. K.:** Nicht jeder Fachbereich hält dieses Engagement für so studienrelevant wie eine Hausarbeit, wir müssen für die Idee werben. Ich

halte diese Erfahrungen für eine lebensqualifizierende Kompetenz. Als Hochschule wollen wir Leistungen der Studenten anerkennen, die im ersten Moment unterrichtsfern erscheinen. Das ist Teil des Bologna-Prozesses. Wir würden in Zukunft gerne jede Eigeninitiative der Studenten in solche Richtungen unterstützen und das Spektrum erweitern.

**?:** Die Junge Union Thüringen kritisiert, dass Sie beim Ehrenamt Unterschiede machen und nur bestimmte Aktivitäten als Studienleistung anerkennen.

**I. K.:** Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr können wir nicht honorieren, wie es die Junge Union fordert. Unser Projekt ist auch erst der Startschuss. Es wird sich erst zeigen, ob man auch andere Ehrenämter mit einem sozialen Hintergrund miteinbeziehen kann.

**?:** Ist die Hochschulpartnerschaft denn einmalig in der deutschen Hochschullandschaft?

**I. K.:** Ja, aber wir finden hoffentlich Nachahmer. Ich denke, dass gesellschaftliches Engagement als Studienleistung anerkannt werden muss.

\*Reprint des Interviews vom 14.02.2009 mit freundlicher Genehmigung von ZEIT ONLINE. Die Fragen stellte Christian Weiss.





# Engagement über das Betriebsstor hinaus

Interview mit Daniela Schrott, Personalreferentin des Hamburger Chemieunternehmens Lehmann & Voss & Co. (LuV), über das gesellschaftliche Engagement der Hamburger Firma und ihrer Mitarbeiter

**punktum:** Viele Firmen, die als Mäzen kulturelle oder soziale Institutionen fördern, nutzen ihr Engagement gerade auch für einen positiven »Imagetransfer« für ihre Produkte. D.h.: sie machen durch eine ausgewählte Förderung imageträchtiger Einrichtungen zugleich auch Werbung für sich selbst. Warum denkt da LuV anders?

**Daniela Schrott:** Ganz einfach: Unser gesellschaftliches Engagement hat uns kein Unternehmensberater anempfohlen, sondern entstand durch unsere Mitarbeiter selbst. Quasi als Fortentwicklung unseres Firmenprofils, das auf Nachhaltigkeit setzt. Wir sind ein erfolgreiches Unternehmen und zugleich der Auffassung, dass wir einen Teil unseres materiellen Erfolgs an die Gesellschaft zurückgeben sollten.

**?:** Wie kam die Sache ins Rollen?

**D.S.:** Mitte 2006 wurde das Projekt »LuV Hilft!« durch eine Gruppe von drei Mitarbeitern und durch Unterstützung eines unserer Inhaber ins Leben gerufen.

Die Wechselwirkung zwischen beruflichem Einsatz und privatem Ausgleich ist heutzutage in aller Munde. »Work-Life-Balance« ist gut und wichtig. Vergessen wird dabei aber oft, dass der soziale Bereich immer mehr aus der Balance gerät. Wir meinen, dass es an der Zeit ist, selbst soziales Engagement zu zeigen. Das bedeutet, nicht nur zu reden, sondern aktiv da einzugreifen, wo Hilfe dringend benötigt wird. Als Hamburger Unternehmen möchte LuV daher einen kleinen Beitrag leisten, soziales Ungleichgewicht hier vor Ort wieder in die Balance zu bringen.

**?:** Für welche Projekte engagiert sich LuV?

**D.S.:** Wir haben Einrichtungen in Hamburg ausgewählt, in denen sozial schwache Menschen Hilfe bekommen. Unsere Hilfe wird für jeden sichtbar und spürbar. Wir haben diese Projekte ausgesucht, weil sie, wie wir meinen, gut zu unserer Firmenphilosophie passen. Konkret unterstützen wir den »Hamburger Mitternachtsbus«, die »Alimaus«, sodann das Projekt »Anstiften! 50 Impulse für Hamburg« und sind weiterhin unterstützend sowie finanziell beteiligt bei der Konzeption eines Pflege- und Wohnheims für Obdachlose der Diakonie Hamburg.

**?:** Wie engagiert sich Ihr Unternehmen für diese Projekte?

**D.S.:** LuV unterstützt die Projekte in zweifacher Hinsicht: Erstens mit finanziellem Einsatz und

zweitens mit Herzenswärme, das heißt mit persönlichem Engagement unserer Mitarbeiter. LuV möchte allen Mitarbeitern die Möglichkeit bieten, Initiative zu zeigen und soziale Verantwortung zu übernehmen. So fahren einige unserer Mitarbeiter selbst ehrenamtlich bei den Touren des Mitternachtsbusses mit. Über das Engagement in den Projekten sehen sie die Welt einmal mit den Augen anderer Menschen. Das hilft auch Vorurteile abzubauen.

Weiterhin führen wir Spendenaktionen für die Projekte bei LuV durch und können so einen Teil des Bedarfes von Kleidung, über Toiletten- und Hygieneartikel, Isomatten bis hin zu Spielzeug und Kinderbekleidung bereitstellen.

**?:** Wirkt das freiwillige Engagement Ihrer Mitarbeiter auch in den Betrieb zurück?

**D.S.:** Die Mitarbeiter sind stolz auf »ihre« LuV-Hilfsprojekte und darauf, dass sich das Unternehmen auch sozial engagiert. Die Belegschaft freut sich, hier schnell, problemlos und vor allem ganz konkret helfen zu können. Die Mitarbeiter sind sicher, dass die Hilfe auch da ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird.

**?:** Wie fördern Sie das Engagement Ihrer Mitarbeiter?

**D.S.:** Zuerst durch Vorleben unserer Werte aus dem LuV-Leitbild im Betrieb selber. Weiterhin werden alle Aktivitäten von »LuV Hilft!« auf einer eigenen Seite im Intranet veröffentlicht und laufend aktualisiert, so dass jeder Mitarbeiter sich hier informieren kann.

Das hat dann im Laufe der Jahre eine Eigendynamik entwickelt: Durch die Beteiligung zunächst einzelner Mitarbeiter und die im Intranet veröffentlichten Erlebnisberichte sowie durch die Spendenaktionen haben unsere Projekte innerbetrieblich immer weitere Kreise gezogen. Inzwischen engagieren sich immer mehr Mitarbeiter eigeninitiativ als Ehrenamtliche zum Beispiel beim Mitternachtsbus.

(Das Gespräch führte Jürgen Garbers)



Lehmann & Voss auf der Peute

## Im Profil: Lehmann & Voss

**Das Familienunternehmen Lehmann & Voss & Co.** ist in der Chemiebranche aktiv und produziert und vermarktet seit mehr als 100 Jahren chemische und mineralische Spezialprodukte an industrielle Abnehmer. Neben dem Firmensitz am Alsterufer 19 unterhält Lehmann & Voss zwei Produktionsstandorte in Wandsbek und auf der Veddel. Ausländische Tochterunternehmen und Beteiligungen finden sich in Frankreich, England, Italien, Schweiz, Rumänien, China und in den USA. In 2008 beschäftigte die LehVoss-Unternehmensgruppe (ohne Beteiligungen) 333 Mitarbeiter (davon 290 in Hamburg) und machte 203 Mio. Euro Umsatz.

Im Leitbild ([www.lehvoss.de/deu/608.htm](http://www.lehvoss.de/deu/608.htm)) charakterisiert sich die traditionsreiche Hamburger Firma als ein sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientiertes Unternehmen. Bemerkenswert: diese Orientierung geht über die Betriebsstore hinaus. Seit vielen Jahren ist Lehmann & Voss nicht allein mit Geld sondern auch mit dem Engagement seiner Mitarbeiter in vielen sozialen Projekten engagiert (vgl. [www.lehvoss.de/deu/1136.htm](http://www.lehvoss.de/deu/1136.htm)).

**Info:** Lehmann & Voss & Co. | Alsterufer 19  
20354 Hamburg | T. (040) 44197-0  
[www.lehvoss.de](http://www.lehvoss.de) | [info@lehvoss.de](mailto:info@lehvoss.de)

**Infos zu den unterstützten Projekten:**

[www.mitternachtsbus-hamburg.de](http://www.mitternachtsbus-hamburg.de)  
[www.alimaus.de](http://www.alimaus.de)  
[www.hamburg-anstiften.de](http://www.hamburg-anstiften.de)



# Azubis ins Blickfeld nehmen

## Zur Novellierung des Hamburgischen Schulgesetzes

Von Olaf Schwede, DGB-Jugend

**Mitte Juni hat der Senat der Bürgerschaft einen Entwurf für ein neues Schulgesetz zur Entscheidung zugeleitet. Zeit, sich diesen Entwurf einmal genauer anzusehen und Anregungen für die Bürgerschaft zu formulieren – insbesondere mit Blick auf die beruflichen Schulen. Hier ist der vorliegende Entwurf sehr dünn.**

**Positiv: Mehr Durchlässigkeit zur Hochschule.** Mit dem neuen Schulgesetz soll die Berufsoberschule als neue Schulform eingeführt werden. Damit entspricht der Senat einer langjährigen Forderung der Gewerkschaftsjugend nach einer Verbesserung des Hochschulzugangs nach der Ausbildung. Mit einer abgeschlossenen Ausbildung ist es zukünftig möglich, innerhalb von zwei Jahren die Fachhochschulreife oder gar das vollwertige Abitur zu erreichen. Auch ist es geplant, die Fachhochschulreife mit zusätzlichen Kursen parallel zur Ausbildung erwerben zu können.

**Rückblick: Reform der beruflichen Schulen.** Mit dem »Schulreformgesetz« von 2006 wurde die Gremienstruktur der beruflichen Schulen in Hamburg grundlegend verändert. Mit der Gründung des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung wurde ein Kuratorium geschaffen, das mit Vertretern des Staates und der Arbeitgeber paritätisch besetzt ist. Den beiden Spitzenverbänden der Gewerkschaften wurde jeweils ein Vertreter mit beratender Stimme eingeräumt. An den beruflichen Schulen wurden die Schulkonferenzen durch Schulvorstände und die bis zu vier stimmberechtigten Vertreter des Schülerrates durch einen Vertreter mit eingeschränktem Stimmrecht ersetzt. Die Stimmrechte der Elternvertretungen wurden ebenfalls reduziert, Gewerkschaftsvertreter haben keine Stimmrechte mehr. Damit existieren nun Mitwirkungsmöglichkeiten erster Klasse (Arbeitgeber und ihre Kammern), zweiter Klasse (Eltern und Schüler) und dritter Klasse (Gewerkschaften). Dies ist von der damals oppositionellen GAL noch heftig kritisiert worden. Nun wird diese Angelegenheit vertagt, eine Evaluation soll Empfehlungen für Veränderungen liefern. Fraglos ist dies ein Ausweichmanöver des Senats: Adäquate Mitbestimmungsrechte von Eltern- und Schülervertretungen und die gleichberechtigte Beteiligung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen sind genuin politische Fragen, bei der keine Evaluation weiterhilft. Zudem hatten sich

2004 fast 121.000 Hamburger Bürger im Rahmen des Volksbegehrens »Bildung ist keine Ware« gegen diese Gremienstruktur ausgesprochen. Die jetzige Reform wäre eine gute Gelegenheit dieses Votum aufzugreifen.

**Mitbestimmung von Eltern- und Schülervertretung in den beruflichen Schulen.** Aus unserer Sicht ist es notwendig, die Anzahl der Schülervertreter zu erhöhen und ihre Rechte auszuweiten. Die an den beruflichen Schulen bestehenden Regelungen werden dadurch zweifelhaft, dass nach dem jetzigen Senatsentwurf für das neue Schulgesetz Schülervertreter an den allgemeinbildenden Schulen ab Klasse 4 in die Schulkonferenz gewählt werden können (§ 55) und dort über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mitentscheiden können (§ 53). Volljährigen Auszubildenden an den beruflichen Schulen und dort lernenden Technikerschülern bleibt dieses Recht jedoch verwehrt (§ 77). Das ist ein krasses Missverhältnis.

**Mitwirkungsrechte für betriebliche Jugendvertretungen.** In zahlreichen Betrieben engagieren sich Jugend- und Auszubildendenvertretungen für die Qualität der Ausbildung und für mehr Ausbildungsplätze. Oft sind sie in der dualen Ausbildung auch die erste Anlaufstelle für Auszubildende, wenn es um Qualitätsfragen in den beruflichen Schulen geht. Bisher sind jedoch die Möglichkeiten der Jugend- und Auszubildendenvertretungen auf Schule einzuwirken eher begrenzt. Es ist deswegen notwendig, die Jugendvertretungen an der Lernortkooperation zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieben zu beteiligen. Sinnvoll wäre, im Schulgesetz ein Anwesenheits-, Antrags- und Initiativrecht an die Lernortkooperation zu verankern.

**Gleichberechtigte Teilhabe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.** Die einseitige Beteiligung der Arbeitgeberseite an den Gremien der beruflichen Schulen und im Kuratorium des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung stellt einen bundesweit einzigartigen Bruch mit der ansonsten paritätischen Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern dar. Es ist deswegen aus Sicht der gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen notwendig, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter gleichberechtigt an den Gremien der beruflichen Schulen und der übergeordneten Strukturen zu beteiligen.

**Bildungsauftrag der Berufsschule.** Der Bildungsauftrag der Berufsschule für Auszubildende im Schulgesetz muss wieder auf allgemeinbildende Inhalte erweitert werden. Die als

Vorbereitung auf die Privatisierung der Schulen eingeführte Formulierung »berufsbezogene und berufsübergreifende« Qualifikationen ist nicht geeignet, dem Bildungsauftrag einer modernen beruflichen Bildung zu genügen. Das Schulgesetz muss den Berufsschulunterricht in der dualen Ausbildung stärken.

**Soziale Fragen der Auszubildenden.** Nach dem Bundesrecht werden die betrieblichen Ausbildungsmittel vom Arbeitgeber bezahlt. Die schulischen Ausbildungsmittel müssen in Hamburg selber finanziert werden. Dies stellt eine finanzielle Belastung für die Auszubildenden dar, die teilweise von sehr niedrigen Ausbildungsvergütungen Wohnraum, Fahrtkosten und Lebensunterhalt zu finanzieren haben. Deswegen muss die Lernmittelfreiheit wieder hergestellt werden. Leider ist dies im jetzigen Entwurf eines neuen Schulgesetzes nicht vorgesehen.

Der Berufsschulunterricht für Auszubildende muss vollständig auf die betriebliche Ausbildungszeit angerechnet werden. Nach einem mindestens sechsstündigen Berufsschultag sollte keine Rückkehrpflicht in den Betrieb bestehen. Die bisherige Anrechnungsregelung für den Berufsschulunterricht ist in der Bundesgesetzgebung ungenügend. Bisher ist eine Freistellung von der betrieblichen Ausbildung für den Berufsschulunterricht nur möglich, wenn sich Unterrichtszeit und Ausbildungszeit überschneiden. Findet die Berufsschule also zu Zeiten statt, an denen nicht regelmäßig Ausbildung statt findet, muss keine Freistellung und auch keine Anrechnung auf die Ausbildungszeit erfolgen. In großen Betrieben wird die Freistellung oftmals in Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträgen geregelt. Die Situation ist jedoch für viele Auszubildende und Ausbilder unübersichtlich. Eine gesetzliche Klarstellung ist an dieser Stelle notwendig. Erfolgt diese nicht durch den Bund, ist der Landesgesetzgeber gefragt.

**Abgeordnete machen Gesetze.** Der nun der Bürgerschaft vorliegende Gesetzesentwurf weist insbesondere hinsichtlich der Interessen der Auszubildenden und Schüler der beruflichen Schulen erhebliche Lücken auf. Insbesondere die Mitbestimmung der Jugendlichen in den Schulen ist eine Grundsatzfrage. Wie viel Demokratie ist für junge Menschen in der Arbeitswelt gewollt? Haben Jugendliche weniger Rechte, nur weil sie einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben? Hier ist eine Entscheidung notwendig. Gesetze werden von den Abgeordneten der Bürgerschaft und nicht vom Senat beschlossen. Das macht Hoffnung. Viele der hier benannten Punkte werden auf den Widerstand der Arbeitgeberkammern stoßen. Die DGB-Jugend wird im Gesetzgebungsverfahren ihre Vorschläge einbringen und hofft auf Unterstützung seitens der Abgeordneten.



Fotos: © Dominik Vogeler

## Gemeinsames Lernen auf deutsch und russisch

**Vom 15. bis 22. März dieses Jahres fand auf dem Stintfang der zweite Teil eines Multiplikatorenaustauschs zwischen dem zwischen dem Runden Tisch der Kinder- und Jugendverbände St. Petersburg und dem LJR Hamburg statt. Im Rahmen des Besuchs aus St. Petersburg diskutierten die Teilnehmenden u.a. Seminareinheiten einer JuLeiCa-Schulung. Dieses deutsch-russische Pilotprojekt ist ein gutes Beispiel für non-formales und informelles Lernen in Jugendverbänden.**

*Von Julia Sammoray, Landesjugendwerk der AWO Hamburg, und Maren Riepe, LJR*

Es ist zwar unbestritten: Jeder Mensch lernt ein Leben lang – auf unterschiedliche Weise, verschiedene Dinge und an variierenden Orten. Doch welches Wissen wird heute in Bezug auf den Bildungserfolg als sinnvoll und welches Wissen als sinnlos betrachtet? Grundsätzlich werden vorrangig die Qualifikationen, die in formalen Bildungsinstitutionen wie z.B. Schulen, Hochschulen oder Berufsschulen erworben wurden, anerkannt.

Tatsächlich finden aber 70 Prozent der Bildungsprozesse außerhalb dieser formalen Strukturen statt (Dohmen 2001: 7): also in non-formalen und informellen Kontexten. Wie sehen diese Prozesse aus? Jede/r von uns erinnert sich an Situationen, in denen er oder sie sich Kenntnisse über ein spezielles Gebiet angeeignet hat, ohne dass dies geplant gewesen wäre. Ein bestimmtes angemessenes Verhalten wurde beiläufig erlernt oder der Umgang

mit einer neuen Sachlage gemeistert. Diese Beispiele unbewussten Lernens sind Teil von informellen Bildungsprozessen. Sie finden ohne die beabsichtigte Unterstützung anderer Personen und überall dort statt, wo Menschen ein anregendes Umfeld haben und in Interaktion treten. Als non-formal bezeichnet man dagegen Lernprozesse, die (geplant oder ungeplant) in nicht-formalen Lernsituationen stattfinden – also außerhalb von Schulen, Universitäten, Betrieben oder ähnlichem –, in denen der Erwerb von Fähigkeiten und Kenntnissen aber sehr wohl intendiert sein kann (also zum Beispiel in Seminaren und Schulungen).

Die vergangene internationale Maßnahme des Runden Tisches der Kinder- und Jugendverbände St. Petersburg und des LJR Hamburg ist ein gelungenes Beispiel für die Schaffung von non-formalen und informellen Lernsituationen. Non-formales Lernen fand dort durch die Teilnahme an einer gemeinsamen JuleiCa-Schulung statt. Zudem erlebten die Teilnehmenden unzählige Lernprozesse im Umgang mit einer anderen Kultur, Sprache und Lebenswelt. Insgesamt 20 junge Hamburger/innen und St. Petersburg-ger/innen nahmen an der internationalen Maßnahme 2008/09 teil. Zunächst fuhrten im Oktober 2008 zehn Hamburger/innen (im Alter von 17 bis 44 Jahre) in die Partnerstadt an der Newa. Dort lernten sie in einem einwöchigen Programm zahlreiche Jugendverbände, Häuser der Jugend und andere Organisationen zur Förderung von jungen Menschen kennen. Sie erfuhren, wie unterschiedlich die Rahmenbedingungen von Lern- und Lebenssituationen

in Hamburg und St. Petersburg sind, wie ähnlich andererseits die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen sind. Gemeinsam mit den neuen St. Petersburg-er Bekannten entdeckten sie das »Venedig des Ostens«, dessen Sehenswürdigkeiten und Kneipenkultur. Im März dieses Jahres wiederum kamen zehn St. Petersburg-er/innen (im Alter von 20 bis 40 Jahre) nach Hamburg. Gemeinsam mit den Hamburger/innen nahmen sie an einer deutsch-russischen JuleiCa-Schulung teil, die sich mit den Themen Arbeitsprinzipien zum planvollen pädagogischen Handeln (Z.I.M.T.+R. und Themenzentrierte Interaktion), Sozialisation, Gruppen und Gruppenphasen, Interaktion und Moderation, Spielepädagogik und rechtlichen Rahmenbedingungen in der Jugendarbeit befasste. Obwohl es im Vorfeld auch trotz sprachlicher Vermittlung sehr schwer war, sich über die jeweilige Ausbildung von Gruppenleitern in Jugendverbänden Hamburg und St. Petersburg auszutauschen, wurde hierbei deutlich, dass gezielte Schulungen zur Qualifizierung von Jugendleiter/innen auch in Russland statt finden. Zwar berichteten die St. Petersburg-er abhängig von ihrem jeweiligen Verband von sehr unterschiedlichen Strukturen und Rahmenbedingungen. Insgesamt wurde jedoch deutlich, dass uns im Rahmen der Jugendverbandsarbeit in Deutschland und Russland ganz ähnliche Fragen und Problemstellungen begegnen. In der Bildungsdebatte wird heute immer wieder die Bedeutung von so genannten Schlüsselkompetenzen oder auch Schlüsselqualifikationen hervorgehoben. Was ist damit gemeint? Schlüsselkompetenzen umfassen alle überfach-

lichen Kenntnisse, die zum Handeln befähigen. Sie setzen sich aus einem breiten Spektrum übergreifender Eignungen zusammen und sind somit kein Fachwissen, ermöglichen jedoch erst den kompetenten Umgang mit fachlichem Wissen. Wichtiges Kriterium zur Bezeichnung von Schlüsselkompetenzen ist dabei, dass diese in verschiedenen Situationen und Funktionen flexibel und innovatorisch eingesetzt und übertragen werden können. Non-formale und informelle Bildungsprozesse in Jugendverbänden bieten einen wichtigen Rahmen für den Erwerb dieser Schlüsselkompetenzen. Da sich i.d.R. Menschen unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichem Bildungshintergrund treffen, alle mit- und voneinander lernen und Wissensgebiete nach Interesse und ohne Zwang erkunden, bieten Jugendverbände eine hervorragende Lehr-Lern-Atmosphäre. Kompetenzen werden zudem vor allem durch »tätigkeitsintegriertes und tätigkeitsnahes Lernen« (Dohmen 2001: 42) erworben und ausgebaut, d.h. die (Selbst) Aktivierung der Lernenden ist ein zentrales Element des Kompetenzerwerbs. Im Rahmen des deutsch-russischen Multiplikatoren-austauschs zwischen dem Runden Tisch und dem LJR beispielsweise wurden folgende Schlüsselkompetenzen gefördert:

- **Verstehens-, Erschließungs- und Deutungskompetenz:** Die Aufenthalte in St. Petersburg und Hamburg waren vor allem für die Teilnehmenden aus dem jeweiligen Gastland geprägt durch unterschiedlichste Eindrücke von Lebenswelten, Jugend- und Bildungsarbeit und lokalen Verhältnissen. Die Einordnung in den bisherigen gesellschaftlich erfahrenen Mikrokosmos erforderte eine hohe Erschließungs- und Deutungskompetenz, um evtl. vorhandene Vorurteile und Zuschreibungen dekonstruieren zu können.

- **Kommunikations-, Interaktions- und Sozialkompetenz:** Der offene Austausch von Meinungen, Einstellungen, aber auch von Wissen und Verfahrensweisen in der Jugendarbeit in Russland und Deutschland wurde insbesondere während der Gegenmaßnahme in Hamburg ermöglicht. Im Rahmen der gemeinsamen Seminareinheiten wurden Ausbildungsinhalte einer Juleica-Schulung vermittelt, Methoden ausprobiert und darüber diskutierten. Die vorhandenen Sprachbarrieren konnten durch die hohe Interaktionskompetenz der Teilnehmenden oder mit Hilfe der Dolmetscherinnen überbrückt werden.

- **Handlungs-, Urteils- und Reflexionskompetenz:** Der deutsch-russische Multiplikatoren-austausch sowie die darin enthaltenen Seminareinheiten zu Themen einer Juleica-Ausbildung förderten die Handlungs- und Reflexionskompetenz der Teilnehmenden: Handlungskompetenz in dem Sinne, dass die internationale



Ich – Wir – Es: Julia Sammoray erklärt eine Dreiecksbeziehung

Begegnung von jedem Einzelnen sachgerechtes, durchdachtes sowie individuell und sozial verantwortliches Verhalten in neuen und bisher unbekanntem Situationen erforderte. Urteils- und Reflexionskompetenz wurde dadurch geschult, dass vor allem innerhalb der Seminareinheiten über Situationen aus der Jugendverbandspraxis diskutiert wurde und nach jeder Einheit die vorgestellten Methoden auf der Meta-Ebene gemeinsam reflektiert wurden.

Erst mit Hilfe dieser Schlüsselkompetenzen ist – wie oben ausgeführt – Fachwissen überhaupt in der Praxis kompetent nutzbar. Sie sind somit für die persönliche Entwicklung von zentraler Bedeutung. Den meisten von uns sind diese Fertigkeiten jedoch gar nicht bewusst, da sie nicht über den Weg des formalen Lernens vermittelt, sondern in nicht-formalen Settings erworben werden.

Die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB) regt die Ausstellung von (Internationalen) Kompetenznachweisen an. Sie dokumentieren die Teilnahme, das Engagement sowie die gezeigten Kompetenzen von Jugendlichen. Die Zielrichtung der Nachweise dabei ist eine zweifache: Einerseits sollen sie den jugendlichen Teilnehmenden ihre eigenen Leistungen und Kompetenzen bewusster machen. Andererseits sollen sie es ihnen erleichtern, ihre Partizipation und ihre Tätigkeiten im Rahmen internationaler Projekte sowie die dabei erworbenen Schlüsselkompetenzen dokumentieren zu können. Zudem, so heißt es auf der zum Projekt gehörenden Internetseite [www.open-the-world.net](http://www.open-the-world.net), profitiere die (internationale) Jugendarbeit in Deutschland insgesamt von der Außenwirkung gemeinsam vereinbarter einheitlicher Nachweise. Träger der Jugendarbeit könnten sich dadurch gegenseitig den Rücken

stärken und der (internationalen) Jugendarbeit größere Bekanntheit und qualitative Anerkennung verschaffen.

Die großen Debatten um PISA, IGLU und die Hamburger Schulreform zeigen, dass unsere Gesellschaft Bildung offenbar als sozialen Faktor erkannt hat und sehr konkrete Vorteile in der Erweiterung des individuellen Bildungsniveaus sieht. Denn je höher das Bildungsniveau, desto größer ist auch die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe. Von einem Bildungserfolg wird jedoch auch weiterhin nur dann gesprochen, wenn dieser im Rahmen von staatlichen Strukturen legitimiert wird. Die Bedeutung und Potenziale non-formaler und informeller Bildungskonzeptionen werden dabei in aller Regel ignoriert. Wer Lebenslanges Lernen fordert, darf diese Prozesse aber auf keinen Fall unterschätzen. Jede verpasste Entwicklungschance eines Menschen verringert die individuelle Möglichkeit der gesellschaftlichen Partizipation. Es geht also darum, so Günther Dohmen, das non-formale und informelle Lernen als »vielversprechenden Ansatz erst zu nehmen, von dem aus sich neue Zukunftsperspektiven für die Individuen, für das jeweilige Gemeinwesen und für die Menschheit erschließen lassen« (Dohmen 2001: 126). Die tägliche Praxis, und insbesondere die Bildungsarbeit, in den Jugendverbänden muss aufgewertet, besser gefördert und Teil einer umfassenden Bildungsdebatte werden.

**Literatur:** Dohmen, Günther: Das informelle Lernen. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.). Bonn 2001. Nörber, Martin: Informelle und non-formale Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit als Zusatzqualifikation zur formalen Schulbildung. Ein Blick von Deutschland aus nach Großbritannien, in: deutsche jugend Heft 2 (2008), 56. Jg., S. 067-074.

## Serie: Die Wirkungsstätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeit- und Bildungsprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden und Seminaren bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum porträtiert in dieser Serie Jugendverbände und ihre Wirkungsstätten. Alle bisherigen Reportagen finden sich unter: [www.ljr-hh.de/data/punktum/hefte.php](http://www.ljr-hh.de/data/punktum/hefte.php)

# Starke Familienbande

## Ein Besuch bei der Alevitischen Jugend Hamburgs

Von Christian Kahlstorff, Hamburg

Eine »typisch deutsche« Erfahrung an der Türschwelle: Muss diese Reportage leider ausfallen, weil auf das Klingeln an der Tür zum Haus der Alevitischen Gemeinde Hamburgs niemand reagiert? Ist eventuell die Klingel defekt? Als der Besucher schließlich bemerkt wird, bittet man ihn sofort und freundlich, doch einfach einzutreten. Die Tür sei schließlich immer offen ...

So unauffällig und still die kleine Einbahnstraße in der Nähe des Bahnhofs Altona ist, so lebendig geht hinter der offen Tür des Kulturzentrums zu. Dabei ist an diesem Sonntag im Alevitischen Kulturzentrum Hamburg alles wie immer: Bei Tee und Gebäck sitzen zahlreiche Gemeindeglieder zusammen, unterhalten sich oder planen gemeinsame Aktivitäten. Ständig kommen und gehen Menschen aus ganz Hamburg – und sogar darüber hinaus. Das Einzugsgebiet der Gemeinde erstreckt sich über Hamburgs Stadtgrenze hinaus. Von den Jugendlichen kommen mehrere aus Winsen, südlich von Hamburg. Es ist laut, durcheinander oder einfach sehr lebendig. Eine feste Raumverteilung gibt es nicht. Einen eigenen Bereich für die Jugendlichen sucht man allerdings vergebens. Sie organisieren sich einen eigenen Raum, wenn sie unter sich sein wollen. Es ist nicht das einzige Provisorium, doch Sibel Karasu (19 Jahre alt), Sekretärin der Alevitischen Jugend Hamburgs, sieht darin kaum ein Problem: »Alles gehört allen. Wir dürfen alles nutzen.« Sogar das Büro des Vorsitzenden, wo sich acht der 20 bis 25 aktiven Mitglieder der Alevitischen Jugend Hamburgs versammelt haben – dort ist Ruhe für ein Gespräch. Schnell wird klar, warum alevitische Verbände immer wieder als vorbildlich hervorgehoben werden, wenn es um Integration und Engagement geht: Die Jugendlichen sehen zwar die aktuellen Probleme, die fehlenden Räumlichkeiten und



Es wird eng: die Alevitische Jugend sucht eigene Räume

Strukturen, doch sie sind fest entschlossen, ihre Zukunft besser zu gestalten. Derya Şahan (23) hat den Jugendverband vor etwa fünf Jahren mitgegründet: »Wir wollten einen eigenen Ausschuss, um unsere Wünsche besser artikulieren zu können.«

Die Wünsche waren und sind meist einfach: Die Jugendlichen wollen ihre Freizeit selbst gestalten können. Das Ziel der AJ fasst Gülizar Şahan (20), Schatzmeisterin des Vereins, zusammen: »Zunächst wollen wir mehr Mitglieder gewinnen. Mehr Hände, die helfen, eigene Projekte auf die Beine zustellen.« Projekte – das sind oft gemeinsame Abende mit Musik, Tanz oder Filmen, an denen bis zu 80 Personen teilnehmen. Çağdaş Karababa (21), aktuell der Vorsitzende des Jugendverbandes, ergänzt: »Wir haben schon Seminare zum Thema Anti-Rassismus gemacht oder Ausflüge zum Heide-Park in Soltau organisiert.« Eine starke Gemeinschaft, eine Familie, die sich gegenseitig hilft und füreinander da ist, ist aber natürlich nur ein Ziel der Alevitischen Jugend. Im Alltag hilft die Gruppe ihren Mitglieder bei der Vertretung ihrer Interessen gegenüber der deutschen Bürokratie, im Schulalltag oder sonstigen Bildungsfragen. Die Vermittlung der Geschichte, Kultur und Religion der Aleviten ist allerdings integraler Bestandteil aller Aktivitäten.

### »Wir haben den Menschen als Buch«

Die Besinnung auf den inneren Zusammenhalt darf dabei nicht als Rückzug missverstanden werden. Das Alevitentum, entstanden im 13./14. Jahrhundert, ist eine Religionsgemeinschaft, die sich aus dem schiitischen Islam entwickelt hat, aber auch Aspekte anderer, vorislamischer Religionen in sich vereint. Manche Aleviten sehen sich als Muslime, andere wiederum nicht. Als relativ kleine Religionsgemeinschaft sind Aleviten nicht nur in ihrem Entstehungsgebiet Anatolien eine Minderheit, was ein umso stärkeres Gemeinschaftsgefühl erzeugt hat. Im Unterschied zum Christentum oder Islam beruht das Selbstbild der Aleviten nicht auf Büchern (Bibel, Koran), sondern auf einer in der Geschichte verankerten Erzähltradition. Aleviten geben ihren Glauben über Lieder, Tänze und mündlich überlieferte Geschichten weiter. Und das bis heute, betont Gülizar: »Wir haben den Menschen als Buch«. Die zwei wichtigsten Angebote für Kinder und Jugendliche im Zentrum sind folgerichtig die Gitarren- und Tanzkurse. Einzig sie finden in einem festen Raum statt. Dort lehrt Asir Özek das Gitarreninstrument Bağlama (auch Saz genannt). Die Laute ist für die Aleviten ein besonderes Instrument. Mit ihm begleiten die Gläubigen traditionell ihre Gottesdienste (Cem). Wichtig ist auch, dass Aleviten von der Entscheidungs- und





Glaubensfreiheit des Menschen überzeugt sind. Jeder Mensch ist frei zu glauben, was er will. Die Grundpfeiler der alevitischen Vorschriften sind in dem Satz »eline beline diline sahip olk« vereint. »Eline« steht dabei für die Hände, »beline« für die Lende und »diline« für die Zunge des Menschen, die er beherrschen sollte (»sahip olk«). Weder mit Händen noch in Worten (oder gar der Triebe wegen) dürfen die Gläubigen jemand anderem Schaden zufügen. Die Verbote von Mord, Diebstahl, Verleumdung oder Ehebruch gelten ausdrücklich allen Menschen gegenüber, egal welcher Religion oder Überzeugung. Vorurteile gegenüber den Aleviten entzündeten sich in der Geschichte häufig an der – aus heutiger Sicht selbstverständlichen – Gleichstellung von Mann und Frau. Ein Cem wird von allen Aleviten – Männer und Frauen – zusammen und gleichberechtigt gefeiert. Die Gottesdienste finden nur wenige Male im Jahr statt. Ein Besuch steht jedem Interessierten offen – genau wie die Tür zum Gemeindezentrum.

### Dreifache Minderheit in Deutschland

Den Jugendlichen ist anzumerken, dass sie ihre Geschichte und die Minderheitserfahrung in dreifachem Kontext (sprachlich, kulturell und religiös) als identitätsstiftend verstehen. Gleichzeitig begreifen sich die Jugendlichen als moderne und integrierte Bürger. Cağdaş ergänzt: »Es muss nicht immer um unsere historische Kultur gehen«. Gerade erst haben die Jugendlichen eine eigene Fußballmannschaft gegründet, den »FC Hamburg AKM 09«, in der nicht nur Aleviten spielen. Auch ein Grieche sei dabei, berichtet Anıl Doğan. Der Teenager weiß als aktiver Spieler, worum es dort geht: Fußball pur – so wie bei Millionen anderer deutscher Jugendlicher auch. Bei Filmabenden läuft auch mal ein Actionfilm Marke Hollywood. Bei vielen anderen Veranstaltungen stehen Musik und Tanz im Mittelpunkt. Auf Tanzfesten versammeln sich schnell 700 Menschen. Das Geld dafür kommt nicht vom Alevitischen Kulturzentrum; laut den Jugendlichen werden externe Sponsoren dafür gewonnen. Falls ein solches Fest einen Gewinn abwirft, wird er investiert – und zwar in die Förderung noch jüngerer Gruppen. Zuletzt kaufte die AJ Schulmaterialien für mehrere Grundschulen in Anatolien, erzählt Derya.

### Ein Leben zwischen den Stühlen

Natürlich begegnen den Jugendlichen noch immer Vorurteilen und Problemen. Besonders die sprachlichen Schwierigkeiten sind präsent, auch wenn Cem Haydar Celik aus der Gruppe es mit viel Humor nimmt. »Hier sprechen wir türkisch miteinander und denken, dass wir das gut sprechen. Wenn wir dann in die Türkei reisen, merken wir erst, wie schlecht unsere Ausspra-

che ist«, grinst er. Hier wie dort sieht man in den Deutsch-Türken allzu oft Fremde und nicht Mitbürger. Cağdaş berichtet von einer typischen Episode, die sich für alevitische Jugendliche immer wieder abspielt: Beim Kennenlernen suchen Schüler einer neuen Klasse nach Gemeinsamkeiten, türkisch stämmige Schüler berichten sich gegenseitig, in welche Moschee sie gehen, da fast alle Muslime sind. Alevitische Kinder, die sich zunächst zu den türkisch stämmigen Schülern zählen, fallen da bereits aus der Gruppe heraus bzw. werden bewusst ausgegrenzt. Sind sunnitische Muslime in der Mehrzahl verschärft sich die Abgrenzung noch. Als junger Teenager wunderte sich Cağdaş über seine türkischen Kameraden, die sich mit kleinen Kopfstößen nach links und rechts begrüßten. Als er seiner Mutter davon erzählte, meinte sie lapidar, dass er kein Tier sei und daher keine Kopfstöße verteilen sollte. Später erfuhr Cağdaş, dass diese Begrüßungsgeste ein Zeichen der »Grauen Wölfe« ist – einem konservativen türkischen Verband mit starkem nationalen Bezug. Von allen Seiten werden Aleviten als »andersgläubig« betrachtet und – ob mit oder ohne bösen Willen – gehören sie erst einmal nicht »dazu«.

Man spürt, dass die Jugendlichen etwas bewegen wollen – für sich, aber eben auch für andere. Um noch mehr aufzubauen und zu bewegen, hat die AJ nun einen Antrag auf Aufnahme in den Landesjugendring Hamburg gestellt. Als gelernte Bankkauffrau ist Gülizar nicht nur bei den Finanzen sehr engagiert: »Ziel unseres Beitritts in den LJR ist mehr Reichweite für unsere Projekte. Wir müssen nicht nur nach innen arbeiten, sondern auch nach außen.« Zu diesem Zweck haben die Jugendlichen ein ganz besonderes Projekt ins Auge gefasst. Im Sommer soll ein Jugend-Cem stattfinden – auf deutsch!

### Integration mit Ebbe und Flut

In der kleinen Einbahnstraße in Hamburg Altona wird das Streben heute durch die Flut symbolisiert. Cengiz Orhan, der Vorsitzende des Kulturzentrums, organisiert zur Zeit eine gemeinsame Fahrt an die Ostsee. »Viele von den Älteren leben seit 30 Jahren hier und haben noch nie das Meer gesehen«, schmunzelt er selbst. Es ist nur ein Ausflug, dennoch steht er stellvertretend für den Willen zur Integration. An der Wand im Gemeinschaftsraum hängt eine Liste mit Namen und Zahlen. »Die Spenden für den Kauf eines neuen Gemeindehauses«, erklärt Orhan. Das Zentrum sucht seit Längerem nach einem größeren Gebäude. Einer der wichtigsten Gründe ist für Orhan der Nachwuchs: »Die Kinder sind unsere Zukunft. Sie bedeuten uns alles.« Mehrere Objekte sind zuletzt gesichtet worden, doch bis auch die Alevitische Jugend eigene



Mehr als eine Laute ...

Räume bekommt, wird es noch eine Weile dauern. Ein großes Problem ist das aber nicht. Wozu hat man schließlich eine Gemeinschaft, in der man alles miteinander organisieren kann? Nicht erst der Besuch bei der Alevitischen Jugend Hamburgs hat gezeigt, dass wir dabei alle gewinnen und dazulernen können. Offene Türen und mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft zum Beispiel – Integration ist eben eine Bewegung von zwei Seiten aufeinander zu.

### Kontakt:

Alevitische Jugend Hamburg  
Hamburg Alevi Kültür Merkezi | Goethestr. 37  
22767 Hamburg | T.: (040) 389 27 24  
www.alevi-hamburg.com  
(website der Alevitischen Gemeinde)

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.



**Nehr Offsetdruck Media**

Antonie-Möbis-Weg 3 • 22523 Hamburg  
Telefon 040 / 57 19 73-0 • Telefax 040 / 57 1 09 62



## DVD der DGB-Jugend zur Bundestagswahl

Zur Bundestagswahl im September 2009 hat ein ehrenamtliches Team der DGB-Jugend Hamburg eine DVD erstellt, die auch für andere Verbände bestellbar und nutzbar ist. Diese DVD bietet einen Kurzfilm zum Wahlsystem, einen Film zum Thema Rechtsextremismus, den Wahl-o-Mat und einen von der DGB-Jugend Hamburg selbst produzierten Film. In diesem Film werden die Positionen der Parteien exemplarisch gegenübergestellt und die Unterschiede an drei Themenfeldern (Ausbildung, Jugendarbeitsschutz, Mindestlohn) verdeutlicht. Hierfür wurden Einzelinterviews mit je einem Vertreter der fünf wichtigsten Parteien geführt und anschließend zusammengeschnitten. Der Film richtet sich an Erstwähler im Alter von 18 – 22 Jahren. Er soll insbesondere Lehrern sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen den Umgang mit dem Thema Bundestagswahl erleichtern. Von der Filmlänge ist er auf eine Unterrichtsstunde mit Diskussion und Nutzung des Wahl-o-mat der Bundeszentrale für politische Bildung konzipiert. Damit ist er auch zur Vorführung auf Jugend- und Auszubildendenversammlungen und zum Einsatz in Seminaren und Workshops geeignet. Folgende Personen vertreten im Film die Positionen der Parteien: Olaf Scholz (SPD), Ralf Brauksiepe (CDU), Dirk Niebel (FDP), Claudia Roth (DIE GRÜNEN), Katja Kipping (DIE LINKE). Jugendverbände und Schulen aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern können die DVD kostenlos bestellen. Für auswärtige Bestellungen fällt eine Schutzgebühr an. Schulen ist empfohlen, zunächst bei ihren zuständigen DGB-Gliederungen nachzufragen. Informationen und Bestellmöglichkeit zur DVD finden sich unter [www.wahl-film.de](http://www.wahl-film.de) (os)

**Info:** DGB-Jugend Hamburg | Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg | T.: (040) 2858-256 [www.dgb-jugend-hamburg.de](http://www.dgb-jugend-hamburg.de)

## Alternative Stadtrundfahrten

Mitteilungen | Fotografie und Film als Medien der Information, Interpretation und Erinnerung: Eine Suche nach Ausdrucksformen am historischen Ort

### Workshop für an Medienarbeit und Medienkritik interessierte Jugendliche

**Zeit:** 20.-23.7.2009 (4 Tage)

**Ort:** KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Studienzentrum

**Veranstalter:** KZ-Gedenkstätte Neuengamme, in Kooperation mit Arbeit und Leben Hamburg und dem Landesjugendring Hamburg

**Teilnahmegebühr:** 20 Euro, Ermäßigung auf Anfrage

Mit der nationalsozialistischen Zeit kommen wir heute immer weniger über den unmittelbaren Kontakt zu Zeitzeugen, sondern durch Fotografien, Fernseh- und Kinofilme sowie durch das Internet in Berührung. In dem Workshop soll es darum gehen, vergangene und gegenwärtige fotografische und filmische Annäherungen an den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und die Konzentrationslager zu reflektieren. Zudem soll der Umgang mit Fotografien in aktuellen Krisensituationen hinterfragt werden.

**Im zweiten Teil** des Workshops wollen wir nach den Möglichkeiten fragen, wie das Geschehen im Medium Fotografie thematisiert wird und eigene fotografische Umsetzungen finden. Welche Wege und Mittel bringen uns das Geschehen näher und welche Erfahrungen und Vorstellungen tragen wir selbst mit uns herum, die wir gerne in Fotografien festhalten und mit dem historischen Geschehen in Verbindung bringen wollen?

Die aktive Aneignung des historischen Ortes steht im Zentrum des Projekts. Hierzu wollen wir uns zu Beginn auf die fotografischen Zeugnisse des ehemaligen KZ Neuengamme konzentrieren und im Medienarchiv der Gedenkstätte recherchieren. Anschließend sollen eigene fotografische Erkundungen und Präsentationsformen gefunden werden. Digitalkame-

ras und Computer sowie Materialien für die Gestaltung stehen zur Verfügung. Die eigenen fotografischen Annäherungen an den historischen Ort und die individuellen Perspektiven können im Anschluss an das Projekt im Studienzentrum der Gedenkstätte gezeigt werden. Es besteht nach Absprache die Möglichkeit, auf dem Gelände der Gedenkstätte zu übernachten.

**Teamerinnen:** *Gesa Becher*, Fotografin und Jugendbildungsreferentin. Sie hat bereits Workcamps auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte betreut und mit Jugendgruppen Filme gedreht. *Ute Wrocklage*, Kunsthistorikerin und Kunstpädagogin, leitet Seminare zu Fotos als Quelle, betreut Bildungsreisen und bietet Fotokurse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an. *Thomas Küpernick*, Historiker, ist freier Mitarbeiter im Foto-Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

### Organisation vor Ort:

*Maren Riepe*, Bildungsreferentin des Landesjugendrings Hamburg. *Oliver von Wrochem*, Leiter des Studienzentrums der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

**Anmeldung:** Dr. Oliver von Wrochem, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Studienzentrum, Jean-Dolidier Weg 75, 21039 Hamburg, Tel.: (040) 428 131 515, [oliver.vonWrochem@bksm.hamburg.de](mailto:oliver.vonWrochem@bksm.hamburg.de)

## TerminTicker

- **5.11.2009 | 18 h**  
*Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg* | Movimento | Besenbinderhof 57a 20097 Hamburg
- **9.11.2009 | 19 h**  
*Nacht der Jugend der Hamburgischen Bürgerschaft*  
[www.rathausnacht.de](http://www.rathausnacht.de)

Anzeige

  
**BERNHARD ASSEKURANZMAKLER GmbH**   
– international –

Partner des Landesjugendrings Hamburg e.V.  
Wir versichern alle Massnahmen, Veranstaltungen und Einrichtungen  
Abteilung III für die Bereiche Jugend, Bildung, Kultur und Freizeit

Mühlweg 2b • D-82054 • Sauerlach  
Telefon: 08104 / 89 16 28 • Fax: 08104 / 89 17 35  
[www.bernhard-assekuranz.com](http://www.bernhard-assekuranz.com)

# Wirkungsstätten der Jugendverbände in Hamburg-Nord

Bericht der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz – Amt für Familie

Zur Erläuterung siehe HausTicker (S. 2)



- 1 ● Pfadfinderbund Nord | Alsterdorfer Str. 575
- 2 ● Landesjugendwerk des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) | Bachstr. 11
- 3 ● Landesjugendwerk des BFP | Bachstr. 9
- 4 ● Wandervogel Deutscher Bund | Kiwitteemoor
- 5 ● Deutsche Schreberjugend | Borsteler Chaussee 4
- 6 ● Landesjugendwerk des BFP | Bostelreihe 7
- 7 ● Hamburger Gehörlosen Jugendclub Nordlicht | Flotowstr. 37
- 8 ● Deutsche Schreberjugend | Fuhlsbüttler Str. 790
- 9 ● Jugend der Christlichen Gemeinschaft | Glückstr. 7
- 10 ● Landesjugendwerk des BFP | Glückstr. 7
- 11 ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend | Graumannsweg 42
- 12 ● Landesjugendring Hamburg | Güntherstr. 34
- 13 ● Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken | Güntherstr. 34
- 14 ● Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder | Güntherstr. 34
- 15 ● Advent-Jugend | Haferkamp 14
- 16 ● fkk-jugend | Hartzloh 10
- 17 ● Pfadfinderbund Nord | Justus-Strandes-Weg 14
- 18 ● Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands | Käkenflur 22b
- 19 ● BUNDjugend | Loehrsweg 13
- 20 ● Evangelisch-methodistische Jugend | Martinistr. 44
- 21 ● Theater Jugend | Maurienstr. 19
- 22 ● Evangelisch-methodistische Jugend | Röntgenstr. 1
- 23 ● Jugendrotkreuz | Steilshooper Str. 2
- 24 ● Pfadfinderbund Nord | Tieloh 87
- 25 ● Landesjugendwerk des BFP | Vogelweide 10
- 26 ● Jugendgruppe des Bundes der Schwerhörigen | Wagnerstr. 42
- 27 ● djo – Deutsche Jugend in Europa | Wagnerstr. 60
- 28 ● Bund deutsch-unitarischer Jugend | Wartenau 13
- 29 ● Naturschutzjugend | Weg Nr. 651
- 30 ● Pfadfinderbund Nord | Wittenkamp 17
- 31 ● Deutscher Pfadfinderbund | Stockflethweg 160

● Gruppenraum ● Geschäftsstelle ● beides